

Kapitel 8

Volker Kunz / Oscar W. Gabriel / Frank Brettschneider: Wertorientierungen, Ideologien und Policy-Präferenzen in der BR Deutschland

„The values of Western Publics have been shifting from an overwhelming emphasis on material well-being and physical security toward greater emphasis on the quality of life. . . Economic and physical security continue to be valued positively, but their relative priority is lower than in the past“ (Inglehart 1977a:3).

8.1 Einleitung

Daß der von Inglehart als „Stille Revolution“ bezeichnete Bedeutungsverlust materialistischer Sicherheits- und Erhaltungsziele und die gleichzeitige Aufwertung partizipativer, nicht-materieller Ziele die Politik in den westlich-demokratischen Industriegesellschaften nachhaltig veränderte, wird in der empirischen Politikwissenschaft nicht mehr ernsthaft in Abrede gestellt. Die Folgen der Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten zeigen sich unter anderem am Wandel des Partizipationsverhaltens (vgl. Barnes/Kaase 1979; Jennings/Van Deth 1990) und an der Neuformierung der westeuropäischen Parteiensysteme (vgl. z.B. Dalton/Flanagan/Beck 1984). Ein wichtiger Aspekt des Wertewandels blieb allerdings in der bisherigen Diskussion weitgehend unberücksichtigt: seine Auswirkungen auf die von der Bevölkerung geforderten staatlichen Leistungen (Ausnahmen: Chandler/Siaroff 1986; Hoffmann-Lange 1986; Miller/Levitin 1976; Schmitt 1987). Da Werte als zentrale, stabile, einstellungssteuernde Elemente des individuellen Orientierungssystems angesehen werden, dürften sich mit den Wertorientierungen zugleich die tagespolitischen Prioritäten der Bevölkerung wandeln. In einer Gesellschaft, in der postmaterialistischen Werten ein hoher Stellenwert zukommt, werden die politischen

Entscheidungsträger mit neuen Forderungen der Wählerschaft konfrontiert. Die Unterstützung der Regierungspolitik durch die Wähler hängt nicht zuletzt von der Fähigkeit der Parteien, Regierungen und Parlamente ab, sich auf diese neuen politischen Forderungen einzustellen (vgl. hierzu ausführlich: Barnes/Inglehart 1974; Chandler/Siaroff 1986:311ff.; Dalton 1986:450ff.; 1988:225ff.; Hildebrandt/Dalton 1977; Inglehart 1977b; 1979a; 1979b).

Einer unmittelbaren Anpassung der politischen Entscheidungsträger an die Forderungen der „Neuen Politik“ stehen allerdings mehrere Umstände entgegen. Als bürokratische Massenorganisationen sind die politischen Parteien, die in den westeuropäischen Staaten den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß kontrollieren, kurzfristig kaum dazu in der Lage, ihre Programmatik grundlegend zu ändern. Solange die postmaterialistischen Prioritäten die traditionellen Sicherheits- und Prosperitätserwartungen nicht verdrängt haben, würden solche Kurskorrekturen zudem mit dem Ziel der Stimmenmaximierung kollidieren; denn in der gegenwärtigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung bestehen traditionell-materialistische Sicherheits- und Wohlfahrtsziele und neue, postmaterialistische Lebensstilziele nebeneinander. In der Bundesrepublik halten sich die Verfechter dieser beiden Wertemuster in etwa die Waage (vgl. Dalton 1988:84; Inglehart 1990:66ff.; vgl. auch die Daten bei Brettschneider /Ahlstich/Zügel 1991:Tabelle 84). Damit steht die politische Führung vor der Notwendigkeit, gleichzeitig Forderungen der Alten und der Neuen Politik zu befriedigen.

Mit dem Zusammenhang zwischen neuen Werten, traditionellen Ideologien und politischen Issues beschäftigt sich dieser Beitrag. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Auswirkungen wertbedingter und ideologischer Gegensätze auf die Ausgabepräferenzen der bundesdeutschen Bevölkerung. Neben der neuen Materialismus-Postmaterialismus-Konfliktlinie muß eine derartige Analyse den traditionellen Links-Rechts-Konflikt als die für die politische Auseinandersetzung in den westlich-demokratischen Industriegesellschaften lange Zeit strukturbestimmende Dimension berücksichtigen. Unsere Untersuchungsprobleme lassen sich folgendermaßen formulieren:

1. Bestehen systematische Unterschiede zwischen den Issue-Orientierungen von Personen mit materialistischen, gemischten und postmaterialistischen Präferenzen, und entsprechen diese Unterschiede den aus dem Postmaterialismus-Konzept ableitbaren Erwartungen?
2. Welche Bedeutung kommt dem traditionellen Links-Rechts-Gegensatz für die Issue-Orientierungen der Bundesbürger zu?
3. Wie verhalten sich die Links-Rechts- und die Materialismus-Postmaterialismus-Dimension als Prädiktorgrößen von Issue-Orientierungen zueinander? Resultieren die unterschiedlichen Issue-Präferenzen von

Materialisten, Mischtypen und Postmaterialisten lediglich aus der unterschiedlichen Position dieser Gruppen auf dem Links-Rechts-Kontinuum oder gelangen mit dem Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt tatsächlich neue, im traditionellen Links-Rechts-Gegensatz nicht angelegte Themen auf die politische Tagesordnung?

8.2 Die Daten

Für eine empirische Analyse der Issue-Orientierungen der Bevölkerung bieten sich mehrere Möglichkeiten an. Wahlsoziologische Untersuchungen erheben die Issue-Präferenzen im Regelfall durch Fragen nach der Einschätzung der Wichtigkeit politischer Ziele oder Maßnahmen. Eine Alternative hierzu stellt die auf die Ermittlung von Konsens- oder Dissensmustern ausgerichtete Messung der Befürwortung oder Ablehnung von Zielen und Maßnahmen dar (vgl. die Hinweise bei Klingemann 1973:227ff.). Welche dieser Vorgehensweisen angemessen ist, läßt sich nicht generell sagen, sondern hängt vom Untersuchungsziel ab.

Das verbreitete Verfahren, die Issue-Präferenzen über Rating-Fragen nach der Wichtigkeit bestimmter politischer Vorhaben zu erheben (vgl. z.B. Baker/Dalton/Hildebrandt 1981:136ff.; Klingemann/Taylor 1977:316f.; Schmitt 1987:72ff.), erscheint in unserem Fall unangemessen, weil der zur Messung politischer Wertorientierungen eingesetzte Inglehart-Index gleichfalls auf einer Einschätzung der Wichtigkeit politischer Ziele basiert, dabei allerdings das Ranking-Verfahren verwendet. Würde man die Beziehung zwischen materialistischen bzw. postmaterialistischen Werten und Issue-Orientierungen auf dieser Grundlage untersuchen, käme man zu dem trivialen Ergebnis, daß in Ranking-Fragen als hochrangig eingestufte Themen auch in Rating-Fragen eine große Wichtigkeit erhalten¹. Aus diesem Grund haben wir uns für eine andere Konzeptualisierung der Issue-Orientierungen entschieden. Wir machen den politischen Stellenwert eines Themas an den *Ausgabepräferenzen* der Bevölkerung fest. Anhand einer Sieben-Punkte-Skala hatten die Befragten zu bewerten, ob sie die von der Regierung für bestimmte Aufgaben aufgewandten Steuermittel als zu niedrig, als gerade richtig oder als zu hoch einschätzten. Die auf diese Weise erfaßten Issue-Orientierungen beziehen sich auf ein breites Spektrum innen- und außenpolitischer Themen (vgl. Tab. 8.1 weiter hinten). Die Frage, ob sich diese Issues zu typischen Aufgabenfeldern gruppieren und ob diese Gruppierung der Differenzierung in Themen der Alten und der Neuen Politik entspricht, wird in einem ersten Schritt empirisch untersucht.

¹Daher ist es nicht sinnvoll, unsere Fragestellung anhand von Daten der Mannheimer Wahlstudien oder der Political Action-Studien zu untersuchen.

In einem zweiten Schritt werden der Materialismus-Postmaterialismus-Index und die Selbsteinstufung der Befragten auf dem Links-Rechts-Kontinuum als Prädiktorvariablen der Ausgabepräferenzen eingeführt. Der Inglehart-Index basiert auf der Vier-Item-Version (vgl. Inglehart 1971), die Links-Rechts-Orientierung wurde mittels einer zehnstufigen Skala erhoben. Im dritten Schritt erweitern wir die Analyse um sozio-demographische Variablen, die in der Literatur als Prädiktorgrößen des Materialismus-Postmaterialismus- und des Links-Rechts-Gegensatzes gelten.

Die unserer Untersuchung zugrundeliegenden Daten wurden im Frühjahr 1984 im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage 21 in der Bundesrepublik Deutschland erhoben. Die Gesamtzahl der Befragten beträgt 992 Personen².

8.3 Theoretische Ansätze und Modellannahmen

8.3.1 Werte und Ideologien als zentrale Elemente des individuellen Überzeugungssystems

In Anlehnung an sozialpsychologische Einstellungs- und Verhaltenskonzepte behandelt unser Analyse-Modell die Issue-Präferenzen einer Person als Folge ihrer Gruppenzugehörigkeiten und ihrer ideologisch-evaluativen Orientierungen. Demzufolge resultieren politische Einstellungen aus gesellschaftlichen Umweltbedingungen, der Stellung des Individuums in der Gesellschaft und grundlegenden Persönlichkeitsdispositionen. Politische Einstellungen wiederum beeinflussen das politische Verhalten (vgl. den knappen Überblick bei Falter 1972:554ff.).

Allerdings behandeln die sozialpsychologischen Verhaltensmodelle die individuellen Dispositionen nicht als einen homogenen Komplex gleichermaßen verhaltensrelevanter Elemente. Sie sehen das individuelle Orientierungssystem vielmehr als ein in sich strukturiertes System an, das einige abstrakte, stabile, zentrale und grundlegende sowie zahlreiche situations- und objektbezogene, periphere und leicht wandelbare Elemente enthält (vgl. Converse 1964). Aus diesen Überlegungen über die Struktur des individuellen Überzeugungssystems ergeben sich einige Anregungen für die Analyse der Beziehung zwischen den uns interessierenden Variablen.

²Die betreffenden Daten wurden von der EG-Kommission erhoben und vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA) aufbereitet und für empirische Analysen zugänglich gemacht. Weder die EG-Kommission noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in diesem Beitrag. Eine Möglichkeit, diese Analyse mit einer begrenzten Zahl von Items, aber einer größeren Fallzahl (N=3051) zu replizieren, bietet der Allbus 1990.

Kmieciak (1976:152f.) beschreibt die Rolle der Wertorientierungen innerhalb des Persönlichkeitssystems folgendermaßen: „Werte betrachten wir innerhalb des Selbst (im Vergleich mit den Einstellungen, d. Verf.) als erheblich fundamentaler und pervasiver. Sie determinieren Einstellungen und Verhalten... . Wenige Werte organisieren viele Einstellungen zu 'größeren Strukturen'... zu einem integrierenden System“. Trotz der beträchtlichen konzeptuellen Unklarheiten gibt es in der sozialwissenschaftlichen Werteforschung einige weithin akzeptierte Annahmen über die Eigenschaften von Wertorientierungen. Im Vergleich mit verwandten theoretischen Konstrukten (Einstellung, Norm, Bedürfnis, Motiv) weisen sie die folgenden Merkmale auf: Als vom Individuum internalisierte kulturelle Werte sind Wertorientierungen allgemeine, stabile, fest im Persönlichkeitssystem verankerte Dispositionen. Sie werden im Sozialisationsprozeß erworben bzw. vermittelt, gelten nicht nur für ein Individuum, sondern für eine größere Population von Individuen und steuern das individuelle und kollektive Verhalten. Die wichtigste Eigenschaft von Wertvorstellungen sieht man in ihrer ordnenden, verhaltenssteuernden, integrierenden und sinnvermittelnden Funktion (vgl. Bürklin 1988:104ff.; Hillmann 1986:53ff.; Reichardt 1979:24ff.; Rokeach 1968:550ff.; 1979:2,48ff.).

Eine ähnliche Funktion schreiben Inglehart und Klingemann (1979:205) den ideologischen Dispositionen einer Person zu: „Consistent with Converse we define an ideological mode of thought as a coherent world view, a comprehensive system of political beliefs in which political ideas are central... If certain central elements of political ideologies are consciously taken over by an individual, and come to integrate his or her comprehension and evaluation of politics, that person may be said to have an 'ideological' conceptualization of politics“ .

Issue-Orientierungen gehören dagegen nach vorherrschender Auffassung zu den peripheren, situationsabhängigen, leicht wandelbaren, dem Verhalten unmittelbar vorgelagerten Elementen des individuellen Überzeugungssystems (vgl. z.B: Falter 1972:555). Sie unterliegen dem Einfluß der zentralen, stabilen, fest im Persönlichkeitssystem verankerten Dispositionen, d.h. der Wertorientierungen und ideologischen Deutungsprinzipien. Unsere Untersuchung beschäftigt sich mit der Beziehung zwischen den Wertorientierungen von Individuen, ihrer Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum und ihren Issue-Präferenzen, denn in der bisherigen Diskussion wurden die Links-Rechts-Orientierung und die Präferenz für materialistische bzw. postmaterialistische Werte als zentrale Elemente des individuellen Überzeugungssystems und somit als mögliche Determinanten von Issue-Orientierungen angesehen.

8.3.2 Materialismus/Postmaterialismus und Links-Rechts-Orientierungen als Determinanten von Issue-Orientierungen

8.3.2.1 Der Links-Rechts-Konflikt und die Issue-Präferenzen

Die ersten systematischen und für die empirische Forschung relevanten Überlegungen über die Bedeutsamkeit der Links-Rechts-Selbsteinstufung innerhalb des individuellen Orientierungssystems finden wir bei Downs (1957:96ff.). Er definierte Ideologien als „a verbal image of the good society and of the chief means as constructing such a society“. Wie Klingemann (1979) empirisch nachwies, sind zahlreiche Personen in den westlichen Demokratien dazu in der Lage, den Begriffen links und rechts eine plausible Bedeutung zuzuordnen und sie als Grundlage für die Bewertung politischer Objekte zu verwenden (vgl. auch: Fuchs/Klingemann 1990; Fuchs/Kühnel 1990; skeptischer in der Einschätzung: PAPPI 1983). Obgleich die Kompetenz zum Umgang mit ideologischen Konzepten innerhalb einzelner Gesellschaften und von Land zu Land variiert, kann man drei Erkenntnisse über die Bedeutung der Links-Rechts-Selbsteinstufung festhalten:

1. Ein großer Teil der Befragten definiert seine Position auf dem Links-Rechts-Kontinuum nicht willkürlich,
2. diese Zuordnung erfolgt auf der Basis grundsätzlicher Vorstellungen von den Eigenschaften politischer Konflikte und
3. das Links-Rechts-Schema dient einem großen Teil der Bürgerinnen und Bürger zur kognitiven Ordnung und zur Bewertung ihrer politischen Umwelt.

In Anknüpfung an Überlegungen von Downs (1957) und Converse (1964) beschreiben Fuchs und Klingemann (1990:205) die Links-Rechts-Selbstidentifikation als „a generalized mechanism for understanding in the political realm, i.e. we view the left-right-schema as a mechanism for the reduction of complexity, which serves primarily to provide an orientation function for individuals and a communications function for the political system“. In inhaltlicher Hinsicht verbinden sich mit dem Links-Rechts-Gegensatz die Gruppen-Interessen- und Wertekonflikte der vorindustriellen und der industriellen Gesellschaft. Bereits Downs (1957:116ff.) hatte den Links-Rechts-Gegensatz an der Forderung nach staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess festgemacht. Weitere, mit religiösen Konflikten verbundene Inhalte kommen hinzu (vgl. auch: Fuchs/Klingemann 1990).

Damit stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen der Links-Rechts-Selbstidentifikation und den Issue-Präferenzen. In bisher durchgeführten empirischen Analysen auf der Mikro-Ebene zeigte sich regelmäßig, daß Personen mit linken Orientierungen dem Staat eine aktive Rolle in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zuweisen. Personen mit rechten Präferenzen tendieren dagegen zu einer restriktiven Definition der Staatsaufgaben und setzen sich stärker für eine Güterallokation über Marktprozesse ein. Ferner votieren sie für eine Stärkung der staatlichen Ordnungsfunktion (Innere Sicherheit, militärische Stärke). Ähnliche Befunde auf der Makro-Ebene erbrachte die Policy Output-Forschung, in der ein Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung und dem Politikprofil hochentwickelter westlicher Industrienationen nachgewiesen wurde (vgl. zur Mikro-Ebene: z.B. Erikson/Luttbeg/Tedin 1988:74ff.; Inglehart 1984:33ff.; zur Makro-Ebene: z.B. Schmidt 1980; 1982).

Von den in unsere Untersuchung einbezogenen Items beziehen sich drei, die Wirtschaftsförderung, die Verkehrs- und die Technologiepolitik, mittelbar oder unmittelbar auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Aktivitäten privater Wirtschaftssubjekte. Da sie keine direkten Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe implizieren, können sie als Bestandteile einer in sozio-ökonomischen Interessen fundierten rechten bzw. ökonomisch liberalen Wirtschaftsdoktrin angesehen werden. Die Aufgabenfelder Verteidigung und Innere Sicherheit lassen sich ebenfalls als „rechte Issues“ einstufen.

Verwendet man das Konzept der sozialstaatlichen Politik als Sammelbegriff für linke Issue-Orientierungen, dann gehören die Items Soziale Sicherheit, Gesundheitspolitik, Wohnungsbau und Primäre Bildung zu diesem Einstellungskomplex. Staatliche Aufwendungen auf diesen Gebieten tragen dazu bei, die Effekte von Einkommensallokationen über den Markt abzuschwächen und die Lebenschancen für ökonomisch schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Entwicklungspolitische Aktivitäten des Staates lassen sich über den Wert der Solidarität mit linken ideologischen Dispositionen verknüpfen. Klare Aussagen über die ideologische Zuordnung der Aufgaben Sport/Erholung, Umweltschutz, Kultur und Sekundäre Bildung sind hingegen nicht möglich.

Der Unterschied zwischen Links und Rechts wird in der Literatur als Konflikt interpretiert. Insofern schließt die Präferenz für linke Ziele eine Präferenz für rechte Ziele aus und umgekehrt. In der empirischen Analyse müßte sich der Links-Rechts-Gegensatz somit auf einer Dimension abbilden lassen, auf der bestimmte Issues positiv, andere dagegen negativ besetzt sind (vgl. Abbildung 8.1).

8.3.2.2 Der Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt und die Issue-Präferenzen

Während der Links-Rechts-Gegensatz in der empirischen Forschung schon seit längerem als zentrales Element des politischen Überzeugungssystems behandelt wird, kam das Interesse an den politischen Implikationen materialistischer und postmaterialistischer Wertvorstellungen erst Anfang der siebziger Jahre auf. In sämtlichen derzeit gängigen Konzepten des Wertewandels spielt das Ziel der individuellen Selbstverwirklichung bzw. sein Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Leitwerten eine hervorgehobene Rolle. Inglehart (1990:66ff.) beschreibt die „Stille Revolution“ in den westlich-demokratischen Industriegesellschaften als Bedeutungsgewinn partizipativer, egalitärer, selbstverwirklichungs- und lebensstilorientierter Ziele und als Abwertung traditioneller Sicherheits-, Erhaltungs- und Prosperitätsziele. Die in den letzten dreißig Jahren eingetretene Veränderung sieht er nicht darin, daß bestimmte Ziele und Themen gänzlich verschwunden, andere hingegen völlig neu entstanden seien, sondern darin, daß im Verlauf des Wertewandels die partizipativ-egalitären Ziele des Postmaterialismus den Vorrang vor den traditionellen, materialistischen Zielen gewonnen haben. Da Inglehart von materialistischen und postmaterialistischen *Wertorientierungen* spricht und damit einen Wandel der zentralen Elemente des individuellen und kollektiven Orientierungssystems beschreibt, dürfte der Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Werten auch Veränderungen der vorherrschenden Issue-Präferenzen nach sich ziehen.

Im Gegensatz zu Inglehart, der Veränderungen in den Prioritätenstrukturen in den Mittelpunkt seines Wertewandelskonzepts stellt, betonen Miller und Levitin (1976:69ff.) den Dissens zwischen den Trägergruppen der Alten und der Neuen Politik. Befürworter der Alten Politik, die Angehörigen der „Silent Minority“, lehnen die Inhalte der Gegenkultur und die Mittel des Protestes grundsätzlich ab. Sie reagieren auf entsprechende Forderungen mit dem Ruf nach Ruhe und Ordnung sowie nach sozialer Kontrolle. Die „New Liberals“ weisen eine ähnlich konsistente Orientierung auf: Bei ihnen verbindet sich die Propagierung von Gegenkultur und Protest mit der Ablehnung von Ruhe und Ordnung sowie sozialer Kontrolle.

Ähnlich wie Miller und Levitin sehen Klages und Herbert (1983:29ff.) eine fundamentale Spannung, einen „kulturellen Riß“, zwischen den Verfechtern von KON- und non-KON-Dispositionen. KON-Werte stehen in ihrem Konzept für Selbstkontrolle, Pflicht/Anpassung und instrumentelle Daseinssicherung. Sie erfassen diese Wertorientierungen über die Einschätzung des Respekts vor Gesetzen, der Anpassung, der Pünktlichkeit und des Pflichtbewußtseins. Mit dem Begriff non-KON-Dispositionen belegen sie ein Orientierungssyndrom, das durch die Leitwerte Selbstaktualisierung, partizipatives Engagement und idea-

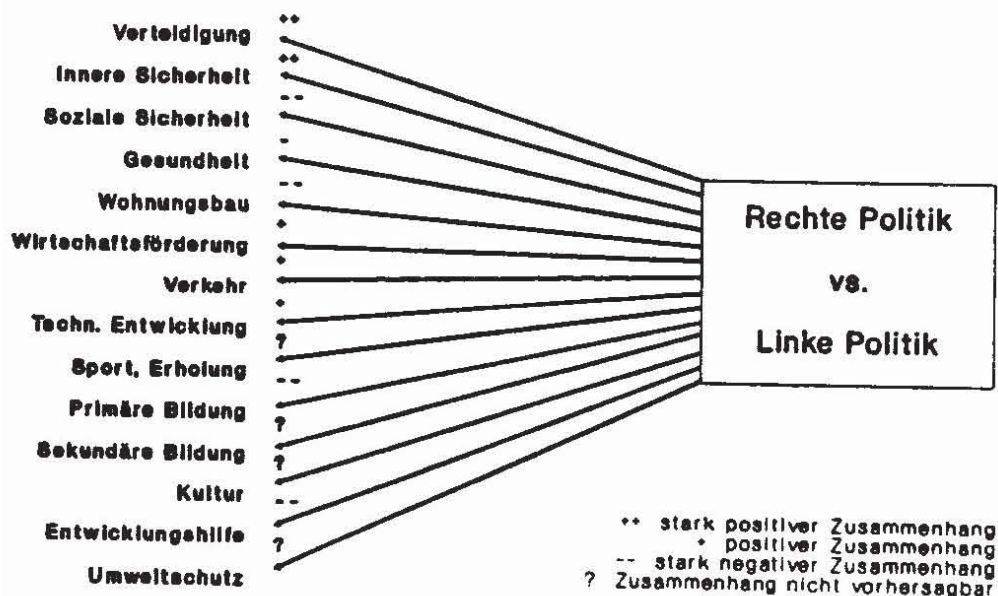
listische Daseinsgestaltung charakterisiert ist, also dem Inglehartschen Postmaterialismus ähnelt. Für diese Dispositionen sind eine hohe Wertschätzung politischen Engagements, der Wunsch nach betrieblicher Mitbestimmung, sexueller Freiheit und einem aufregenden Leben typisch. Allerdings ist KLAGES' Position nicht widerspruchsfrei. Während er auf der einen Seite einen kulturellen Riß beschreibt, unterstellt er auf der anderen Seite die Möglichkeit einer Wertsynthese (vgl. vor allem: Klages 1988:116ff.), die wohl nur bei einer grundsätzlichen Vereinbarkeit von KON- und non-KON-Dispositionen besteht.

Wenn man die Wertorientierungen — analog zur Rechts-Links-Selbsteinstufung — als zentrale Elemente des individuellen Orientierungssystems interpretiert, dann kommt man zu folgenden Annahmen über die Beziehung zwischen Werten und Issue-Präferenzen: Aufgrund der verbesserten Lebensbedingungen in der westlichen Welt verbinden sich mit postmaterialistischen Wertorientierungen auf der Issue-Ebene die Forderungen nach einer lebenswerten Umwelt, politischer und wirtschaftlicher Mitbestimmung, Gleichberechtigung der Frauen, einem verstärkten Engagement für die Belange gesellschaftlicher Minderheiten und Randgruppen (vgl. auch Inglehart 1971:999; Hillmann 1986:175ff.; Hoffmann-Lange 1986:147). Von unseren Items lassen sich dementsprechend die Forderungen nach Mehrausgaben für Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Kultur und Sekundäre Bildung als postmaterialistische Anliegen interpretieren. Materialistische Wertorientierungen implizieren einen hohen Stellenwert von Sicherheits-, Wachstums- und Sozialstaatszielen. Auf unsere Items bezogen, ergibt sich somit die Erwartung, daß Personen mit materialistischen Wertvorstellungen den Aufgaben Verteidigung, Innere Sicherheit, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Technologische Entwicklung einen hohen Rang einräumen. Zwei Aufgabenfelder lassen sich nicht eindeutig zuordnen, nämlich die Items Primäre Bildung und Sport/Erholung.

Die Umsetzung dieser Annahmen über die Beziehung zwischen Wertorientierungen und Issuepräferenzen verursacht einige Schwierigkeiten, weil über die Kompatibilität von materialistisch-traditionellen und postmaterialistischen Werten unterschiedliche Vorstellungen bestehen. Das dem Ansatz Ingleharts methodisch angemessene Vorgehen besteht unserer Auffassung nach in einem Vergleich der Rangordnung der Issue-Präferenzen von Materialisten und Postmaterialisten. Ein solches Unternehmen scheitert allerdings daran, daß Inglehart die komplexe Maslow-Hierarchie (vgl. Maslow 1954) durch eine einfache Materialismus-Postmaterialismus-Dichotomie ersetzt, in der die beiden Wertesyndrome keine differenzierte innere Struktur aufweisen. Wenn das Konzept der Prioritätenskala nicht nur auf der Werte-, sondern auch auf der Issue-Ebene gilt, dann kann man zwar prognostizieren, daß Anhänger materialistischer Werte materialistische Issues durchschnittlich höher einstufen als postmaterialistische Issues und daß für Postmaterialisten das Umgekehrte gilt, differen-

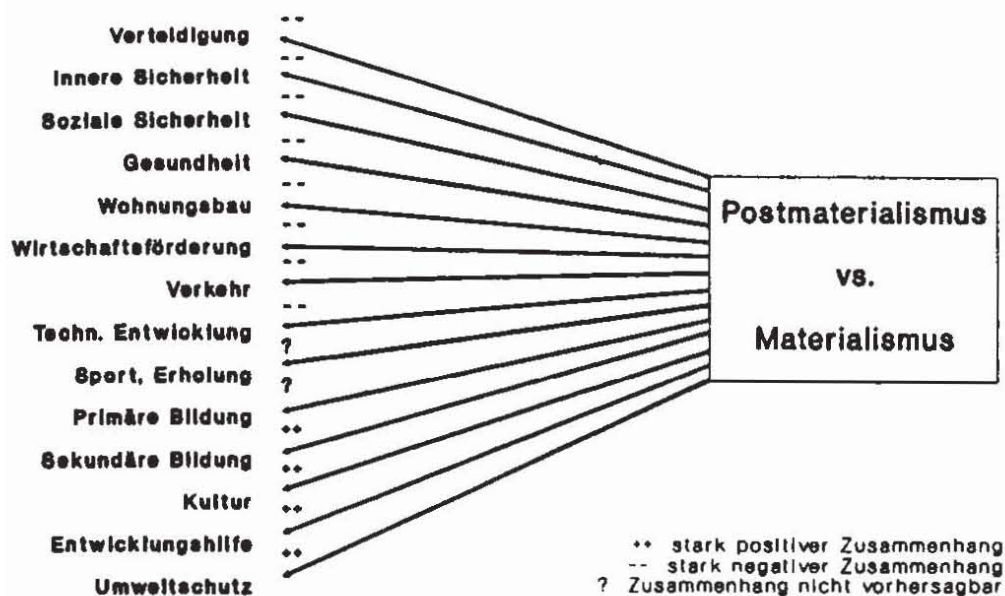
postmaterialistische Issues und daß für Postmaterialisten das Umgekehrte gilt, differenzierte Aussagen über die Rangplätze einzelner politischer Issues sind auf dieser Basis allerdings nicht möglich. Welche Analysestrategie das von Klages entwickelte Konzept erfordert, läßt sich wegen der in ihm enthaltenen konzeptionellen Unklarheit überhaupt nicht sagen. Nach der Konzeption von Miller und Levitin verhalten sich die alten und die neuen politischen Werte zueinander wie der traditionelle Links-Rechts-Gegensatz, d.h. die Zustimmung zu traditionellen Issues ist gleichbedeutend mit der Ablehnung neuer Issues. Daraus ergäbe sich die im Modell 8.2 wiedergegebene Struktur von Issue-Orientierungen (vgl. Abbildung 8.2). Zur Beschreibung der politischen Agenda würde eine Dimension ausreichen, auf der materialistische und postmaterialistische Werte und dementsprechend auch Issues Ladungen mit entgegengesetzten Vorzeichen aufwiesen.

Abbildung 8.1: Rechts-Links-Gegensatz



Eine andere Lösung dieses Problems bietet Dalton (1986:443) mit dem Hinweis, daß die Vorliebe für Streitfragen der Neuen Politik nicht einfach die Issues der Alten Politik ersetze, „sondern eine bereits volle politische Tagesordnung noch mehr bereichert“ habe. Themen der Neuen Politik ergänzen demnach die bereits vorhandene Agenda und fügen ihr neue Elemente hinzu. Zwischen den Werten und Issues der Alten und der Neuen Politik muß insofern keine eindeutig negative Beziehung bestehen. Auf der Basis dieser Überlegungen

Abbildung 8.2: Materialismus-Postmaterialismus

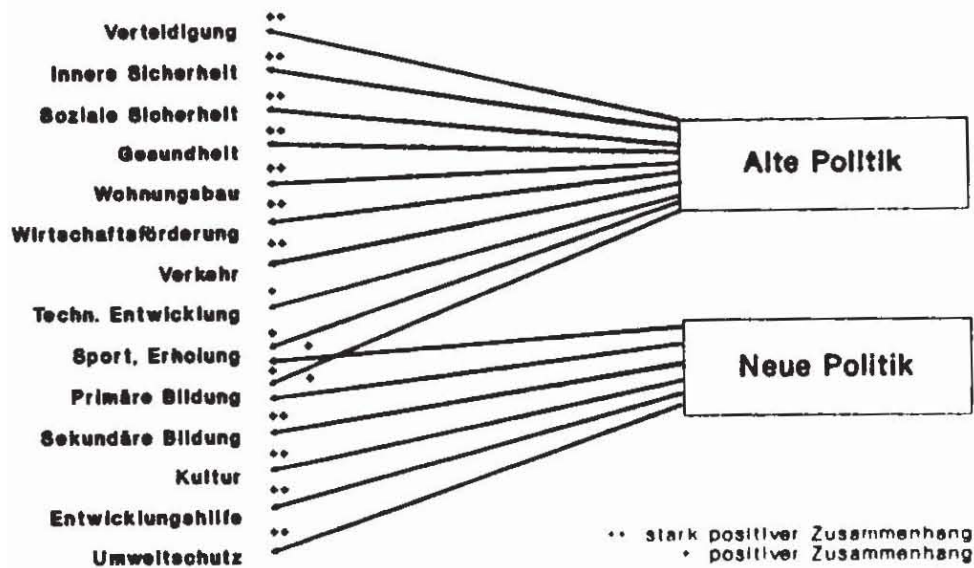


benötigen wir zur Beschreibung des Issue-Raumes zwei Faktoren, von denen einer die Alte, der andere die Neue Politik repräsentiert. Die Items Primäre Bildung und Sport/Erholung laden auf Grund ihres intermediären Status auf beiden Dimensionen. Diese Interpretation liegt dem Modell 2B zugrunde, das die Alte und die Neue Politik als getrennte Issue-Dimensionen auffaßt (vgl. Abbildung 8.3).

8.3.3 Die gemeinsamen Effekte von Wertorientierungen und Ideologien

Wie in mehreren empirischen Arbeiten nachgewiesen wurde, ist das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen nicht mit dem traditionellen Links-Rechts-Gegensatz identisch (vgl. z.B. Gabriel 1990; Inglehart 1984; Knudsen 1989). Deshalb ist es sinnvoll, Hypothesen über die gemeinsamen Effekte der traditionellen Links-Rechts-Orientierungen und des Materialismus-Postmaterialismus-Syndroms für die Policy-Präferenzen der Bevölkerung zu formulieren und empirisch zu prüfen. Als Grundlage hierfür dient eine von Klingemann (1982) vorgeschlagene Kombination dieser beiden Orientierungsdimensionen. Klingemann unterschied zwischen vier Typen von Orientierungsmustern, deren Träger er als rechte Materialisten, linke Materialisten, rechte

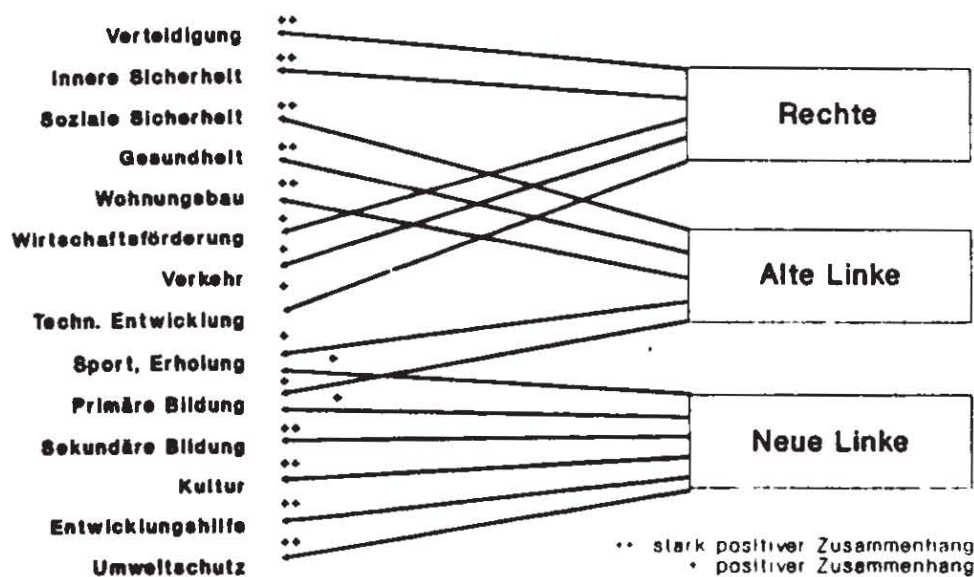
Abbildung 8.3: Alte und Neue Politik



Postmaterialisten und linke Postmaterialisten bezeichnete.

Unser Modell 8.4 greift diese Vorstellung auf und nimmt an, daß die Policy-Präferenzen der Bevölkerung sowohl vom traditionellen Links-Rechts-Gegensatz als auch vom neueren Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt geprägt sind, daß aber in der Realität nicht alle logisch möglichen Kombinationen dieser Orientierungsdimensionen auftreten. Das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen wird in erster Linie als Differenzierungsprozeß innerhalb des linken Spektrums angesehen. Für Personen, die ihre ideologische Position als rechtsstehend definieren, ist diese neue Spannungslinie weniger bedeutsam (vgl. auch: Gabriel 1990; Knudsen 1989; anders: Schmitt 1987). Demnach unterscheiden wir zwischen den Issues der materialistisch-rechten Politik, der traditionell linken, sozialstaatlich-materialistisch ausgerichteten Politik sowie der Neuen Politik, die von ideologisch linken und postmaterialistischen Inhalten geprägt ist. Die traditionell linken Issues umfassen alle mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgleichs- und Integrationsfunktion des Staates verbundenen Aufgabenfelder, also die Erhöhung der Ausgaben für Soziale Sicherheit, Gesundheit und Wohnungsbau. Der Ausbau der Primären Bildung sowie von Einrichtungen für Sport und Erholung dürften ebenfalls dieser Dimension zuzuordnen sein (vgl. die Diskussion über das Konzept wohlfahrtsstaatlicher Politik, z.B. Schmidt 1982; Wilensiki 1975). Zur Neuen Po-

Abbildung 8.4: Rechte, Alte, Linke und Neue Linke

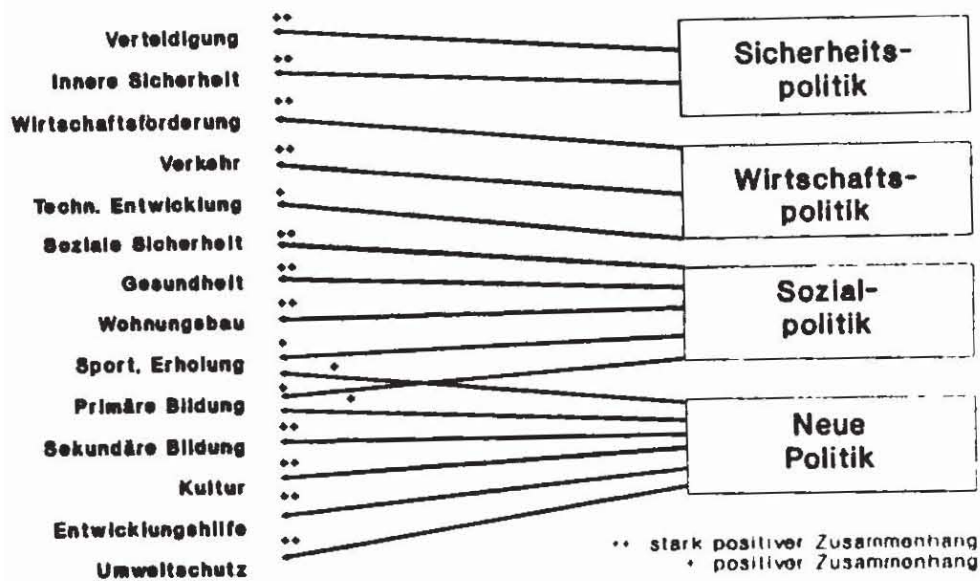


litik gehört neben den beiden zuletzt genannten Issues die Forderung nach Mehrausgaben für Sekundäre Bildung, Kultur, Umweltschutz und Entwicklungshilfe. Modell 3 gibt diese Beziehung zwischen den Issue-Orientierungen und den grundlegenden Elementen des individuellen Überzeugungssystems wieder (vgl. Abbildung 8.4).

In seiner Kritik an Inglehart schlug Flanagan (1982) zusätzlich eine inhaltliche Differenzierung des Materialismuskonzeptes vor, das seiner Auffassung zufolge zwei unterschiedliche Elemente enthält. Ein Aspekt des Materialismuskonzeptes beziehe sich auf ökonomische Werte bzw. Issues. Hierzu könnten von unseren Items die Befürwortung staatlicher Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung, zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und zum Ausbau der technologischen Infrastruktur gehören. Dieser Komplex von Issue-Präferenzen repräsentiert den ökonomischen Liberalismus. Daneben finden wir in der rechten Hälfte des ideologischen Spektrums eine konservative Law-and-Order-Dimension, zu der die Items Verteidigung und Öffentliche Sicherheit gehören. Die entsprechende Zuordnung von Werten, Ideologien und Issue-Orientierungen nimmt Modell 4 vor (vgl. Abbildung 8.5).

Über die Politikpräferenzen der großen Personengruppe, die sich in der Mitte des Ideologie-Kontinuums einstufen und im Sinne Ingleharts als Mischtypen zu klassifizieren sind, lassen sich keine eindeutigen Annahmen formu-

Abbildung 8.5: Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozial- und Neue Politik



lieren. Dagegen ist zu erwarten, daß Befragte, die auf nur einer der beiden für unsere Modelle relevanten Dimensionen eindeutig zuzuordnen sind, ein linkes oder rechtes, materialistisches oder postmaterialistisches Prioritätenprofil aufweisen.

Die folgenden Teile dieses Beitrags enthalten die Ergebnisse der empirischen Prüfung der beiden zuvor aufgeworfenen Fragen:

1. Auf welchen Dimensionen lassen sich die Issue-Präferenzen der Bevölkerung am besten abbilden?
2. Welche Zusammenhänge sind zwischen Wertorientierungen, Ideologien und Policy-Präferenzen festzustellen?

8.4 Die Issue-Präferenzen der Bundesbürger

8.4.1 Die Bedeutsamkeit einzelner Aufgaben

Bevor die Annahmen über die Differenzierung der politischen Werte und Issue-Orientierungen der Bundesbürger in einen rechten bzw. linken Sektor und in einen Komplex der Alten bzw. Neuen Politik geprüft und die Beziehungen

zwischen Werten, Ideologien und Issue-Orientierungen einer genaueren empirischen Analyse unterzogen werden, ist eine knappe Beschreibung der Ausgabepräferenzen angebracht. Hierfür sprechen methodische und inhaltliche Gesichtspunkte, vor allem das Interesse an der Struktur der politischen Agenda in der Bundesrepublik und an dem in der Bevölkerung bestehenden Konsens oder Dissens über einzelne politische Ziele.

Von den fünfzehn im Eurobarometer 21 ermittelten Issue-Orientierungen blieb die Einstellung zu Ausgaben für die Europäische Gemeinschaft unberücksichtigt, weil sie keinen eindeutigen Bezug zu den in unserer Untersuchung benutzten theoretischen Konzepten aufweist. Die weiteren Untersuchungsschritte beziehen sich somit auf vierzehn Items. Die erste und grundlegende Frage richtet sich darauf, in welchen Aufgabenfeldern die Mehrheit der Bundesbürger durch Steuern finanzierte Mehraufwendungen befürwortet und in welchen sie einen Spielraum für Ausgabenkürzungen sieht. Wie aus Tab. 8.1 hervorgeht, plädiert die Mehrheit der Befragten nur in einem Politikfeld, bei der Verteidigungspolitik, für eine Reduzierung der Ausgaben. Auf allen übrigen Gebieten dominiert der Wunsch nach Ausgabensteigerungen. Obgleich die Befragten in dreizehn von vierzehn Aufgabenfeldern zusätzliche Ausgaben befürworten, unterstützen sie diese Forderung in unterschiedlichem Maße. An der Spitze der Prioritätenskala rangiert mit großem Abstand der Umweltschutz, gefolgt von klassischen sozialstaatlichen Aufgaben wie der Sozialen Sicherheit, dem Wohnungsbau, der Gesundheitspolitik und der Primären Bildung. Auf den mittleren Plätzen rangieren neben der Inneren Sicherheit die auf den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur bezogenen Aufgaben. Einen vergleichsweise niedrigen Stellenwert nehmen neben der Verteidigungspolitik die Entwicklungshilfe und die Kulturpolitik ein³.

Unter dem Gesichtspunkt des Konsenses oder Dissenses über die Erfordernisse der staatlichen Ausgabengestaltung vermittelt die Verteilung der Antworten über die Sieben-Punkte-Skala zusätzliche interessante Aufschlüsse.

³Sechs dieser Items wurden den Befragten im ALLBUS 1990 erneut zur Bewertung vorgelegt. Dabei zeigten sich auf einem insgesamt deutlich erhöhten Forderungsniveau im Prinzip die gleichen Präferenzstrukturen wie sechs Jahre zuvor. Auf den Gebieten Umweltschutz, Gesundheit, Bildung und Innere Sicherheit bzw. Polizei war der Anteil der Befragten, die staatliche Mehrausgaben verlangten, im Vergleich mit 1984 deutlich angestiegen. Die Ausgabenwünsche für die Kulturpolitik blieben weitgehend konstant, nur auf dem Verteidigungssektor hatte die Forderung nach Ausgabenkürzungen noch mehr Befürworter gefunden. Zwei in der Umfrage des Jahres 1990 enthaltene Items waren 1984 nicht berücksichtigt worden, nämlich die Ausgaben für Renten bzw. für Arbeitslosengeld. In beiden Fällen votierten mehr Befragte für eine Erhöhung als für eine Kürzung der Ausgaben, in der Rentenpolitik war der Wunsch nach Mehrausgaben allerdings dezidiert (53,3 gegenüber 2,2 % bzw. 34,4 gegenüber 13,1 %).

Tabelle 8.1: Ausgabepräferenzen der westdeutschen Bevölkerung, 1984 (in Prozent)

	Ausgaben							Kennwerte						
	weniger							mehr		kA	MW	SD	EXZ	SCH
	1	2	3	4	5	6	7							
Umweltschutz	1	1	3	17	18	24	35	1	5.67	1.31	-.03	-.76		
Wohnungsbau	1	2	6	36	22	17	15	2	4.90	1.30	-.45	.03		
Soziale Sicherheit	2	3	7	30	21	17	17	2	4.89	1.44	-.25	-.28		
Gesundheit	1	2	6	36	23	16	15	1	4.86	1.31	-.17	-.04		
Primäre Bildung	2	2	7	42	18	15	11	3	4.64	1.31	.12	.02		
Sport, Erholung	3	5	11	42	19	11	7	1	4.33	1.32	.27	-.03		
Sekundäre Bildung	4	5	12	44	16	11	6	1	4.24	1.34	.25	-.02		
Wirtschaftsförderung	5	9	14	39	16	9	8	2	4.10	1.46	-.07	.01		
Technolog. Entwicklung	4	7	13	45	15	7	6	2	4.08	1.34	.39	.07		
Verkehr	6	11	15	44	12	6	5	1	3.83	1.38	.18	.09		
Innere Sicherheit	8	9	15	48	11	5	4	1	3.75	1.36	.40	-.07		
Kultur	9	14	16	39	13	4	3	2	3.60	1.40	-.12	-.01		
Entwicklungshilfe	17	15	14	27	13	8	4	1	3.45	1.70	-.83	.14		
Verteidigung	37	14	11	30	4	2	2	1	2.62	1.54	-.64	.49		

MW= Mittelwert, SD= Standardabweichung, EXZ= Exzeß, SCH= Schiefe

Vollständig übereinstimmende Ausgabenwünsche bestehen in keinem der vierzehn Themenfelder, allerdings kommen die Einstellungen zum Umweltschutz einem Konsens ziemlich nahe: Nur fünf Prozent der Befragten votieren auf diesem Gebiet für Ausgabenkürzungen, 17 Prozent für eine Beibehaltung des derzeitigen Ausgabenniveaus, aber mehr als drei Viertel setzen sich für ein verstärktes staatliches Engagement auf diesem Gebiet ein, wobei der Modalwert auf die Antwortalternative „starke Ausgabenerhöhung“ entfällt. In sämtlichen übrigen Fällen votiert die Mehrheit der Befragten für eine Beibehaltung des derzeitigen Ausgabenniveaus. Dabei zeigen sich vier unterschiedliche Verteilungsmuster: Ein weitgehendes Gleichgewicht zwischen Befürwortern und Gegnern höherer Staatsausgaben besteht bei den Aufgaben Sekundäre Bildung, Sport/Erholung, Wirtschaftsförderung und Technologische Entwicklung. Auf den Gebieten Gesundheit, Wohnungsbau, Primäre Bildung und Soziale Sicherheit gibt es mehr Unterstützung für eine Ausgabenexpansion als für Ausgabenkürzungen, die umgekehrte Konstellation besteht bei den Bereichen Innere Sicherheit, Verkehr und Kultur. Nur in zwei Fällen deutet die Antwortverteilung auf einen grundlegenden Dissens über die staatliche Ausgabengestaltung hin: bei der Entwicklungshilfe und der Verteidigungspolitik⁴. Insgesamt betrachtet, bestehen in der bundesdeutschen Bevölkerung eher graduelle als prinzipielle Unterschiede über die Gestaltung der Staatsausgaben. Dieses Ergebnis ist nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch wichtig, weil

⁴Soweit die Angaben von 1990 mit denen des Jahres 1984 vergleichbar sind, zeigen sich ähnliche Verteilungsmuster. In der Umwelt- und in der Verteidigungspolitik besteht über die Richtung der Ausgabengestaltung nahezu Konsens. Im übrigen haben sich die Einstellungen der Bevölkerung tendenziell in Richtung auf Mehrausgaben verschoben.

somit die in unseren Kausalanalysen unterstellten Verteilungsannahmen überwiegend datenadäquat sind. Das im Hinblick auf die Verteilung besonders problematische Umweltissue wird aus den weiteren Analysen ausgeschlossen.

8.4.2 Die Struktur der Issue-Orientierungen

Nach den eingangs formulierten theoretischen Annahmen besteht zwischen Wertorientierungen, ideologischen Dispositionen und Issue-Orientierungen einer Person eine Entsprechung. Materialistische bzw. postmaterialistische Wertorientierungen führen zu einer Präferenz für Themen der Alten bzw. der Neuen Politik, und auch die mit den Begriffen links und rechts verbundene Vorstellung von einer guten Gesellschaft schlägt sich in entsprechenden tagespolitischen Forderungen nieder. Die Verbindung zwischen diesen drei Variablen-Komplexen kann auf verschiedene Weise modelliert werden. Im folgenden Teil werden die zuvor entwickelten Modelle der Beziehung zwischen Werten, Ideologien und Issue-Orientierungen auf ihre empirische Brauchbarkeit geprüft. Die Modelle 8.1, 8.2 und 8.3 basieren auf der Annahme, daß die Unterscheidung zwischen den Themen der Alten und der Neuen Politik bzw. rechten und linken Orientierungen zur Ordnung der politischen Agenda ausreicht. Im Unterschied dazu werden in den beiden zuletzt vorgestellten Modellen beide Dimensionen, die Unterscheidung „Alte/Neue Politik“ und der Links-Rechts-Gegensatz, berücksichtigt. Modell 8.4 behandelt das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen als einen Differenzierungsprozeß innerhalb des linken Lagers, im Modell 8.5 wird zusätzlich eine Differenzierung der Alten Politik in die Teilkomplexe liberale Prosperitäts- und konservative Sicherheitsziele vorgenommen.

Tab. 8.2 enthält einen Überblick über das Ergebnis der empirischen Prüfung dieser konkurrierenden Modelle⁵. Wie die Daten zeigen, sind die drei ersten Modelle nicht datenadäquat. Sämtliche Anpassungsindizes weisen unbefriedigende Werte auf. Dies gilt auch für die dreidimensionale Lösung. Dagegen entspricht das vierdimensionale Modell den Daten relativ gut. Aus diesem Grund beziehen sich die folgenden Kausalanalysen ausschließlich auf dieses Modell.

Durch einige geringfügige Modifikationen läßt sich die Datenanpassung des betreffenden Modells weiter verbessern. Die erste Modifikation betrifft das in unserem Ausgangsmodell ausschließlich dem Komplex der Neuen Politik zugeordnete Item Entwicklungshilfe. Wie der durch Lisrel geschätzte Modifikationsindex von 28.6 zeigt, führt eine Freigabe dieses Parameters zu einer

⁵Maximum-Likelihood-Schätzung mit EQS, Version 2.1, und Lisrel, Version 7.1.

Tabelle 8.2: Anpassungsgüte der Modelle zur Strukturierung der Ausgabepräferenzen (Maximum-Likelihood-Schätzung, N=923)

Gütemaß	Zahl der Faktoren				
	1 Modell 1+2A*	2 Modell 2B	3 Modell 3	4 Modell 4	4 Modell 4A
BBNFI	.535	n.f.	.781	.856	.921
BBNNFI	.456	n.f.	.743	.832	.918
GFI	.812	.853	.914	.943	.973
AGFI	.737	.784	.870	.910	.954
AASR	.076	n.f.	.052	.036	.026
Chi-Square	1176.89	918.38	553.10	364.61	150.37
d.f.	65	62	60	57	45

* Modell 1 und Modell 2A sind formal-statistisch identisch.

BBNFI=Bentler-Bonnett-Normal-Fit-Index;

BBNNFI=Bentler-Bonnett-Nonnormal-Fit-Index;

GFI=Goodness-of-Fit-Index; AGFI=Adjusted-Goodness-of-Fit-Index;

AASR=Average-Absolute-Standardized-Residuals-Index (vgl. zu ihrer Berechnung JÖRESKOG/SÖRBOM 1989; BENTLER 1985/)

besseren Datenanpassung. Die Einstellungen zur Entwicklungshilfe läßt nunmehr negativ auf der als wirtschaftliches Wachstum beschriebenen latenten Dimension. Dieses Ergebnis ist theoretisch zwar nicht zwingend, andererseits aber auch nicht unplausibel. Inhaltlich plausibel ist auch die zweite Modellmodifikation. Die Einstellung zu den Ausgaben für Primäre und Sekundäre Bildung hängen empirisch so eng miteinander zusammen (bivariate Korrelation=.67), daß ihre getrennte Behandlung in den Schätzmodellen nicht sinnvoll ist. Deshalb werden sie zu einem additiven Index verknüpft und als Variable „Bildungsausgaben“ in das Modell 4A einbezogen. Auch dadurch ergibt sich eine Verbesserung der Modellstruktur. Die Angaben über die statistischen Kennwerte des in der folgenden Kausalanalyse benutzten Modells 4A der Issue-Orientierungen sind in Tab. 8.3 enthalten. Sie zeigen, daß die Differenzierung zwischen den vier Politikfeldern zu inhaltlich plausiblen Lösungen führt und die Daten relativ zufriedenstellend reproduziert. Ob diese Differenzierung von Politikfeldern durch die Wertorientierungen und ideologischen Dispositionen der Befragten bedingt ist und wie diese Elemente des individuellen Orientierungssystems miteinander zusammenhängen, soll im folgenden Abschnitt dieses Beitrages genauer geprüft werden. Als ein erstes Ergebnis können wir jedoch bereits jetzt festhalten, daß die politische Agenda der Bundesrepublik vier empirisch voneinander unterscheidbare Dimensionen umfaßt, die sich mit den Begriffen „Sicherheit“, „wirtschaftliche Prosperität“, „sozial-

staatliche Politik“ und „Neue Politik“ beschreiben lassen⁶. Ausweislich der Kommunalitäten handelt es sich um ein schwach strukturiertes System.

Tabelle 8.3: Standardisierte Faktorladungen und Faktorkorrelationen des modifizierten Vierfaktorenmodells 4A (Maximum-Likelihood-Schätzung)

<u>standardisierte Faktorladungen</u>					
	Erklärte Varianz	Sicherh.- politik	Wirtsch.- politik	Sozial- politik	Neue Politik
Sicherheit	.38	.62			
Verteidigung	.50	.71			
Wirtschaftsförderung	.51		.71		
Verkehr	.36		.60		
Technol. Entwicklung	.17		.41		
Soziale Sicherheit	.37			.61	
Gesundheit	.48			.69	
Wohnungsbau	.25			.50	
Sport, Erholung	.38			.48	.27
Bildung	.36			.43	.33
Kultur	.68				.77
Entwicklungshilfe	.32		-.16		.58

<u>Faktorkorrelationen</u>	
Sicherheits- mit Wirtschaftspolitik	.40
Sicherheits- mit Sozialpolitik	-.19
Sicherheits- mit Neuer Politik	-.20
Wirtschafts- mit Sozialpolitik	.28
Wirtschafts- mit Neuer Politik	-.07
Sozial- mit Neuer Politik	.26

⁶In den für das Jahr 1990 durchgeführten Analysen bestätigt sich dieses Ergebnis nicht. Sämtliche acht Items laden positiv auf einem offenkundig die Wichtigkeit der Aufgaben repräsentierenden Faktor. Es wäre allerdings voreilig, in diesem Befund eine Widerlegung unserer Ergebnisse aus dem Jahre 1984 zu sehen. Die 1990 ermittelten Ausgabeitems sind nicht mit denen der früheren Erhebung identisch, und es ist fraglich, ob sie die für unsere Untersuchung zentralen ideologisch-evaluativen Gegensätze repräsentieren.

8.5 Determinanten der Policy-Orientierungen

8.5.1 Der Einfluß ideologisch-evaluativer Faktoren

Die folgende Analyse der Ausgabeprioritäten der Bundesbürger umfaßt zwei Schritte. Zunächst untersuchen wir in einem einfachen Kausalmodell ausschließlich die zwischen Wertorientierungen, ideologischen Dispositionen und Ausgabepräferenzen bestehenden Zusammenhänge. Im zweiten Schritt erweitern wir dieses Modell um solche sozio-demographischen Variablen, die in der Literatur als Prädiktorgrößen unserer Wert- und Ideologiefaktoren behandelt werden. Da die Hypothesen bereits bekannt sind und die Meßmodelle je nach Untersuchungsanlage und Fallzahl nur geringfügig variieren, ist ihre detaillierte Diskussion nicht mehr erforderlich. Alle präsentierten Ergebnisse beruhen auf einer Simultanschätzung der im Modell unterstellten Abhängigkeitsbeziehungen.

Als erster Komplex von Issue-Orientierungen wurde in der empirischen Analyse die Einstellung zu den Ausgaben für Verteidigung und Innere Sicherheit ermittelt. Auch wenn nur eine Minderheit unter den Bundesbürgern Mehrausgaben auf diesem Gebiet fordert, ist die Frage interessant, welchen Einfluß Wertorientierungen und ideologische Dispositionen auf die Ausgabepräferenzen haben. Höhere Ausgaben für diese klassischen staatlichen Ordnungsfunktionen dürften Materialisten und solche Befragte fordern, die sich ideologisch weit rechts einstufen.

Die empirische Analyse bestätigt diese Vermutung (vgl. Tabelle 8.4). Die standardisierten Koeffizienten der zwischen den Werten, Ideologien und sicherheitsbezogenen Ausgaben verlaufenden Pfade weisen hohe Werte auf. Zum Teil hängt dies sicher mit der konzeptuellen Nähe zwischen den exogenen und endogenen Variablen zusammen: Eines der in den Materialismus-Postmaterialismus-Index einbezogenen Items bezieht sich auf die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation. Allerdings ist der Einwand, das Modell nehme lediglich eine Doppelmessung ein- und desselben Konstrukts vor, unbegründet. Wäre dies der Fall, müßten die stärksten Einflüsse auf die Issue-Orientierung vom Materialismus-Postmaterialismus-Index ausgehen. Jedoch spielt die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum die vergleichsweise größere Rolle als Prädiktorgröße der Präferenz für Mehrausgaben auf dem Gebiet der Inneren und Äußeren Sicherheit. Die Erklärungsleistung des Wert-Ideologie-Modells für Sicherheitsausgaben ist bei einem Determinationskoeffizienten von .224 als ausgesprochen zufriedenstellend anzusehen.

Wirtschaftsbezogene Ausgaben, die in der Prioritätenhierarchie der Bun-

Tabelle 8.4: Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabeprioritäten (standardisierte Pfadkoeffizienten, Maximum-Likelihood-Schätzung, N=549)

	Ideologie	Wertorien- tierungen	R2
Sicherheitspolitik	.35	-.23	.224
Wirtschaftspolitik	.14	-.19	.065
Sozialpolitik	-.31	.04	.102
Neue Politik	-.25	.20	.134

BBNFI=.863; BBNNFI=.872; AASR=.042; GFI=.953; AGFI=.927

desbürger einen mittleren Rangplatz einnehmen, stehen ebenfalls mit einem rechten Politikverständnis in Verbindung. Allerdings könnte dieser Zusammenhang durch die instrumentelle Funktion der Wirtschaftsförderung für sozialstaatliche Maßnahmen abgeschwächt werden. Mehraufwendungen im Rahmen der sozialstaatlichen Politik sind nämlich unter den Bedingungen einer prosperierenden Wirtschaft wahrscheinlicher als in Krisenzeiten. Zudem fördert wirtschaftliches Wachstum im allgemeinen die Vollbeschäftigung, ein Ziel, dem Personen mit linken Orientierungen einen außerordentlich hohen Rang zuweisen. Für eine ideologisch wenig profilierte Stellung der Wirtschaftsisues spricht auch deren Zuordnung zu einer liberalen Wirtschaftsdoktrin, denn Personen, die ihr politisches Selbstverständnis als liberal beschreiben, nehmen auf dem Links-Rechts-Kontinuum in der Regel mittlere Positionen ein. Dagegen stehen materialistische Wertorientierungen schon konzeptuell in einer positiven Beziehung zu wirtschaftlichen Prosperitätszielen, während Postmaterialisten auf Grund ihrer wachstumskritischen Einstellung Ausgabenkürzungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung favorisieren dürften. Da Wachstumsziele eher auf der Dimension Alte/Neue Politik als auf dem Links-Rechts-Kontinuum kontrovers sind, spielt von unseren beiden Erklärungsvariablen das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen vermutlich die größere Rolle als Bestimmungsfaktor der Ausgabepräferenzen.

Auch diese Annahmen werden überwiegend durch die Daten gestützt (vgl. Tab. 8.4). Zwar befürworten erwartungsgemäß Personen mit rechten und mit materialistischen Orientierungen überdurchschnittlich stark Mehrausgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung und zum Ausbau wirtschaftsnaher Infrastrukturpolitik, doch trägt das Materialismus-Postmaterialismus-Syndrom mehr zur Erklärung der Varianz dieser Ausgabenwünsche bei als die Selbsteinstufung auf dem Rechts-Links-Kontinuum. Im Vergleich mit den Sicherheitsausgaben lassen sich Einstellungen zu staatlichen Aufwendungen für die wirtschaftlich-technische Infrastruktur durch Werte und Ideologien wesentlich

schlechter vorhersagen.

Über die Abhängigkeit der Forderung nach höheren Ausgaben für wohlfahrtsstaatliche Leistungen, die in der Wertschätzung der Bundesbürger weit oben rangieren, erübrigen sich detaillierte Ausführungen. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates stellt die Kernforderung linker Politik dar, die Kritik an seinen Auswüchsen entwickelte sich in den siebziger Jahren zu einem Zentralthema des konservativen Politikverständnisses (vgl. KING 1975). Über den Effekt postmaterialistisch-materialistischer Werthaltungen auf die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat läßt sich dagegen nur spekulieren: Zwar gehören sozialstaatliche Aufgaben zu den Themen der Alten Politik, doch wie sich gezeigt hatte, ist die einfache Differenzierung zwischen Alter und Neuer Politik empirisch unangemessen. Die Beziehung des Postmaterialismuskonzepts zur sozialstaatlichen Politik kann unter verschiedenen Betrachtungsperspektiven unterschiedlich ausfallen. Geht man von der persönlichen Lebenssituation und den Sozialisationsbedingungen der Postmaterialisten aus, dann ist anzunehmen, daß sie sozialstaatlichen Belangen einen vergleichsweise niedrigen Stellenwert zuordnen. Auf der anderen Seite könnten die mit dem Postmaterialismus verbundenen Werte der Solidarität und der sozialen Gleichheit eine positive Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen implizieren. Wegen dieser gegenläufigen Einflüsse erwarten wir keinen Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und der Forderung nach wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben, sondern machen die Präferenz für diese Ziele ausschließlich von der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum abhängig.

Auch diese Hypothese bestätigt sich in der empirischen Analyse (vgl. Tab. 8.4). In Übereinstimmung mit den Befunden zahlreicher anderer Untersuchungen verläuft der einzige substantiell bedeutsame Pfad zwischen der Ideologievariablen und der Ausgabepräferenz für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Die Erklärungsleistung des Modells für sozialstaatliche Ausgaben geht fast ausschließlich auf den ideologischen Standort zurück. Sie bleibt deutlich hinter dem bei den Sicherheitsausgaben erzielten Ergebnis zurück, ist aber größer als bei Ausgaben für wirtschaftlich-technologische Infrastruktur.

Nach unseren bisherigen Annahmen ergibt sich die Präferenz für Mehrausgaben auf dem Gebiet der Neuen Politik vor allem aus postmaterialistischen Werthaltungen. Die zur Neuen Politik gehörigen Issue-Orientierungen, die für die Bevölkerung nur eine untergeordnete Bedeutung besitzen, stellen eine Konkretisierung allgemeiner Wertpräferenzen dar. Darüber hinaus legen die Ergebnisse der Faktorenanalysen eine Interpretation der Präferenz für die Themen der Neuen Politik als Ausdifferenzierung im linken ideologischen Spektrum nahe. Diesen Sachverhalt spiegelt die Annahme einer gemeinsamen Ladung mehrerer Items auf der Sozialpolitik- und der Neue Politik-Dimension wider. Wir erwarten daher einen positiven Zusammenhang zwischen linken Einstellungen und Ausgabepräferenzen auf dem Gebiet der Neuen Politik.

Zwischen Werten, ideologischen Dispositionen und Themen der Neuen Politik bestehen die erwarteten Beziehungen (vgl. Tab. 8.4). Das relative Gewicht der beiden Determinanten der Issue-Orientierungen weicht aber von unseren Erwartungen ab, da der Einfluß der Ideologie den der Wertorientierungen übertrifft. Dies wird allerdings erst deutlich, wenn man neben den direkten auch die indirekten Effekte berücksichtigt. Weil die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum unseren Annahmen zufolge die Präferenz für materialistische bzw. postmaterialistische Werte beeinflusst, die umgekehrte Beziehung aber nicht unterstellt wird, sind bei der Interpretation des Einflusses der Links-Rechts-Dimension zusätzlich die vermittelten, über den Materialismus-Postmaterialismus-Komplex verlaufenden Pfade zu berücksichtigen. Der totale Effekt der Ideologie, die Summe ihrer direkten und über die Wertedimension vermittelten Wirkung, ist wesentlich größer als der direkte Effekt der Postmaterialismus-Materialismus-Dimension. Nach den sicherheitsbezogenen Ausgaben lassen sich die Mehraufwendungen für Aufgaben der Neuen Politik am besten durch unser Wert-Ideologie-Modell vorhersagen.

Damit läßt sich bezüglich der Kausalstrukturen ein erstes Fazit formulieren: Die Ausgabepräferenzen der Bundesbürger stehen fast ausnahmslos in der erwarteten Beziehung mit ihren ideologischen Dispositionen und Wertorientierungen. Die Ausbreitung postmaterialistischer Werte in der Bevölkerung hat offensichtlich auch die Politikpräferenzen so stark beeinflusst, daß die politische Agenda der Bundesrepublik nicht mehr ausschließlich den traditionellen Links-Rechts-Konflikt, sondern auch die Differenzen zwischen Materialisten und Postmaterialisten widerspiegelt. Dies gilt für die Themenkomplexe Innere und Äußere Sicherheit, Wirtschaftliche Prosperität und Neue Politik. Nur in einem Politikbereich ist die Postmaterialismus-Materialismus-Dimension zu vernachlässigen: Die wohlfahrtsstaatlichen Ausgabeprioritäten lassen sich ausschließlich auf eine linke ideologische Einstellung zurückführen. Umgekehrt haben die traditionellen ideologischen Dispositionen im Zuge der „Stillen Revolution“ keineswegs ihre Bedeutung verloren. Zu drei der vier untersuchten Politikfelder übertrifft ihr Einfluß den des Materialismus-Postmaterialismus-Gegensatzes.

8.5.2 Der Einfluß sozialstruktureller Größen

Da unsere Modelle relativ hohe Varianzanteile der abhängigen Variablen unerklärt lassen, ist die Suche nach weiteren Bestimmungsfaktoren der Ausgabeprioritäten sinnvoll. In den Modellen der Einstellungs- und Verhaltensforschung berücksichtigt man üblicherweise neben den bisher untersuchten Beziehungen den Einfluß der sozialen Herkunft der Befragten (vgl. FALTER 1972). Zwei Gesichtspunkte sprechen für eine derartige Erweiterung des Modells.

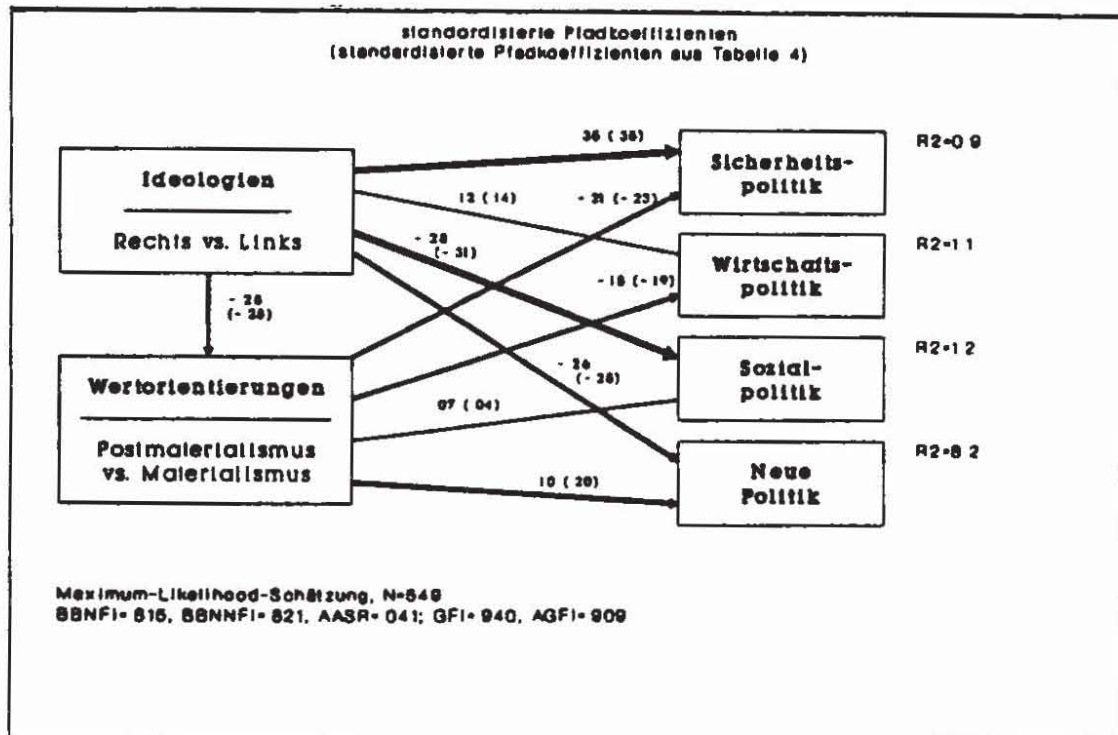
1. Wie in zahlreichen empirischen Untersuchungen nachgewiesen wurde, stehen die Werthaltungen und ideologischen Orientierungen einer Person in einer systematischen Beziehung zu sozialstrukturellen Faktoren. Mit dem Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen werden üblicherweise die Variablen Generationszugehörigkeit und Bildung in Verbindung gebracht (vgl. Gabriel 1986), für die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum sind vor allem die Intensität der religiösen Bindung und die Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit maßgeblich (vgl. Fuchs/Klingemann 1990; Fuchs/Kühnel 1990). Die Berücksichtigung dieser Variablen ist somit schon im Hinblick auf die Vollständigkeit unseres Analysemodells geboten.
2. Darüber hinaus ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich aus der Soziallage von Individuen bestimmte, nicht über Ideologien oder Werthaltungen vermittelte Forderungen an das politische System ergeben. In diesem Sinne dürften junge Personen eine überdurchschnittliche Präferenz für Bildungsausgaben, alte ein entsprechendes Bedürfnis nach Sozialleistungen aufweisen. Es liegt daher nahe, die Bedeutung der wichtigsten Sozialstrukturvariablen für die Ausgabepräferenzen direkt zu prüfen.

Um diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, haben wir in einem zweiten Schritt vier Sozialstrukturvariablen in die Kausalanalyse einbezogen. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen fungieren sie zunächst als Erklärungsgrößen der ideologisch-evaluativen Konstrukte Materialismus/Postmaterialismus sowie Links/Rechts. Es handelt sich um die Merkmale Alter, Bildung, Kirchenbindung und Beruf der Befragten⁷. Die Kirchenbindung stellt zwar auf den ersten Blick eine Einstellungsvariable dar, sie ist jedoch dem Links-Rechts-Konflikt vorgelagert und kann damit auch als sozialstrukturelles Konstrukt behandelt werden (vgl. auch PAPPi 1977; Pappi/Laumann 1974). Die Berufsgruppenzugehörigkeit wird über die beiden Dummy-Variablen Arbeiter(in) bzw. Angehörige(r) der Alten Mittelschicht erfaßt, die ebenfalls mit dem Links-Rechts-Gegensatz zusammenhängen. Da die Beziehungen zwischen den Sozialstrukturvariablen sowie ihr Einfluß auf die beiden Dimensionen des individuellen Überzeugungssystems in der Literatur zur Genüge behandelt wurden, können wir an dieser Stelle auf eine nähere Erörterung verzichten. Alle Schätzergebnisse resultieren aus einer vollständigen Modellspezifikation, wie

⁷Das formale Bildungsniveau wurde über das Alter bei Abschluß der Schulausbildung erhoben. Die Ausprägungen waren: (1) Schulabschluß mit 15 Jahren oder jünger, (2) Schulabschluß zwischen 16 und 19 Jahren, (3) Schulabschluß mit 20 Jahren und älter (einschließlich der Angabe: noch studierend). Berufe: (1) Arbeiter(in), (0) kein(e) Arbeiter(in). (1) Angehörige(r) der Alten Mittelschicht, (0) kein(e) Angehörige(r) der Alten Mittelschicht. Zur Alten Mittelschicht zählen Landwirte, Fischer, Selbständige (nicht: Angehörige Freier Berufe).

sie sich aus den weiteren Überlegungen ergibt. Abbildung 8.6 gibt die durch die Einbeziehung sozialstruktureller Merkmale in das Modell veränderten Pfadkoeffizienten zwischen Ideologien, Wertorientierungen und Ausgabepräferenzen wieder.

Abbildung 8.6: Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabepräferenzen bei Berücksichtigung sozialstruktureller Merkmale



Unser Interesse gilt der Frage, ob einzelne im Modell enthaltene Sozialstrukturvariablen unabhängig von den individuellen Wertorientierungen und Ideologien die vier Issuedimensionen beeinflussen. Unter Plausibilitäts Gesichtspunkten beeinflusst die gesellschaftliche Position von Individuen ihre Forderung nach staatlichen Ausgaben, da diese nicht nur von Werten und ideologischen Dispositionen, sondern auch von gruppenspezifischen Interessenlagen abhängen. Allerdings ist auf jedem der vier Politikfelder eine besondere Konstellation zu erwarten.

Für die Sicherheitsdimension unterstellen wir lediglich einen direkten, vom Alter ausgehenden Effekt. Das überdurchschnittliche Interesse älterer Menschen an sicherheitsbezogenen Ausgaben läßt sich als Generationen- oder als Lebenszykluseffekt interpretieren, und zwar unabhängig von den altersspezifischen Werten und Ideologien (Materialismus, Konservatismus). Da weitere Sozialstruktureffekte theoretisch nicht plausibel zu begründen sind, geben wir die betreffenden Parameter nicht für die Schätzung frei.

Der unterstellte Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und einer überdurchschnittlichen Präferenz für Ausgaben auf dem Gebiet der Inneren und Äußeren Sicherheit bestätigt sich empirisch. Der geschätzte Effekt ist zwar relativ schwach, kann aber doch als substantiell bedeutsam angesehen werden (vgl. Abbildung 8.7). In Übereinstimmung mit unseren Annahmen sind weitere Beziehungen zwischen dem sozialen Hintergrund der Befragten und ihrer Forderung nach zusätzlichen Aufwendungen des Staates für die Innere und Äußere Sicherheit nicht nachweisbar.

Bei den wirtschaftsbezogenen Ausgaben ist ebenfalls ein direkter Sozialstruktureffekt zu erwarten. Als unmittelbare Nutznießer staatlicher Wirtschaftsförderungsprogramme dürften die Angehörigen der Alten Mittelschicht ein besonderes Interesse an entsprechenden Mehraufwendungen haben, auch wenn dies ihren ideologischen Dispositionen zuwiderläuft. Aus der instrumentellen Bedeutung wirtschaftlicher Prosperität für sozialstaatliche Leistungen und sichere Arbeitsplätze könnte auch eine Präferenz der Arbeiter für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen abgeleitet werden. Genauso plausibel ist aber die Annahme einer ablehnenden Haltung, da ein Einsatz von Ressourcen in wirtschaftsnahen Politikfeldern das Potential für sozialstaatliche Aktivitäten verkleinern könnte. Wegen dieser möglichen gegenläufigen Wirkungen geben wir den betreffenden Parameter nicht zur Schätzung frei.

Die Hypothese, nach der Angehörige der Alten Mittelschicht unabhängig von ihren politischen Überzeugungen auf Grund ihrer Interessenlage staatliche Mehrausgaben für die Wirtschaftsförderung favorisieren, bestätigt sich in der empirischen Analyse (vgl. Abbildung 8.8). Auch dieser Pfadkoeffizient weist nur einen relativ niedrigen Wert auf, stützt aber unsere Hypothese über die Wirksamkeit von Sozialstruktureffekten.

Die Einstellung zu wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben dürfte von der Kirchenbindung, dem Alter und der Schichtzugehörigkeit beeinflusst werden.

1. Zwar wird eine enge Kirchenbindung in der Regel mit konservativen politischen Überzeugungen assoziiert, doch muß hieraus keine Absage an wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen resultieren. Spätestens seit dem Entstehen der sozialen Frage im 19. Jahrhundert betonen die christlichen Soziallehren die soziale Verantwortung des Staates. Wie die Policy-Forschung zeigt, ist die Zurückhaltung gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Politik eher im liberalen als im christlich-konservativen Denken verwurzelt (vgl. Kohl 1981:320ff.; Wilenski 1981). Allerdings betont die christliche Soziallehre gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den Vorrang individueller Daseinsvorsorge bzw. des Engagements kleiner sozialer Einheiten. Insofern ist nicht mit einem starken Einfluß religiöser Bindungen auf die Forderung nach mehr staatlichen Sozialleistungen zu rechnen. Andererseits kann ein negativer Zusammenhang zwischen diesen Variablen wohl

ausgeschlossen werden.

2. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen schaffen im Alter oftmals erst die notwendigen Lebensgrundlagen. Daher besteht bei älteren Menschen ein von politischen Überzeugungen weitgehend unabhängiger Bedarf an Sozialleistungen, besonders in der Renten- und Krankenversicherung. Die Präferenz für hohe Sozialausgaben variiert daher mit dem Lebensalter.
3. Den Arbeitern kann ebenfalls ein unmittelbares Interesse an wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben unterstellt werden, da sie von diesen auf Grund ihrer Arbeitsplatz- und Einkommenssituation in besonderem Maße abhängen. Selbst eine tendenziell rechte ideologische Selbsteinstufung dürfte den positiven Einfluß des Arbeiterstatus auf sozialstaatliche Forderungen kaum abschwächen.
4. Die Angehörigen der Alten Mittelschicht haben ein originäres Interesse an einer Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen, da sie diese zu einem erheblichen Teil durch Steuern und Beiträge mitfinanzieren. Darüber hinaus sind sie von diesen Leistungen des Staates weniger abhängig als die nicht selbständig Beschäftigten.
5. Bei einer Interpretation der Bildung als Status-Indikator läßt sich die Annahme formulieren, daß mit dem Bildungsniveau und dem sozialen Status der Bedarf an sozialstaatlichen Leistungen sinkt. Mit der Abnahme des Bedarfs verringert sich die perzipierte Dringlichkeit sozialstaatlicher Leistungen.

In der empirischen Analyse weisen bis auf den Alterseffekt alle Koeffizienten die erwarteten Vorzeichen auf (vgl. Abbildung 8.9). Allerdings geht nur vom Bildungsniveau ein substantieller Effekt auf die sozialstaatlichen Forderungen aus. Alle übrigen Sozialstruktureffekte weisen derart niedrige Werte auf, daß sie bei der weiteren Interpretation vernachlässigt werden können.

Drei Sozialstrukturvariablen stehen schließlich mit der Einstellung zur Neuen Politik in Beziehung:

1. Mit zunehmendem Alter sinkt das Interesse an Mehrausgaben in den Bereichen der Neuen Politik, da die betreffenden Leistungen (Bildung, Kultur, Sport) nur noch begrenzt in Anspruch genommen werden können.
2. Soweit ein Einsatz von Ressourcen für Aufgaben der Neuen Politik sozialstaatlichen Leistungen Finanzierungsmittel entzieht, ergibt sich aus der materiellen Interessenlage der Arbeiter die Forderung nach Ausgabenkürzungen auf diesen Gebieten. Mögliche gegenläufige Effekte, wie sie bei der Wirtschaftsförderung unterstellt wurden, lassen sich diesmal

nicht erkennen⁸. Wir erwarten daher einen negativen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und der Einstellung zur Neuen Politik.

3. In der Diskussion über die Bestimmungsgründe öffentlicher Ausgaben wird ein mit dem sozialen Status steigender Bedarf an höherwertigen Kollektivgütern angenommen. Zu den Politikfeldern des gehobenen Bedarfs zählen in erster Linie kulturelle Güter, üblicherweise zählt man auch den Sektor Sport/Erholung dazu. Somit erwarten wir einen direkten positiven Effekt der Bildungsvariablen auf die gewünschten Ausgaben für den Bereich der Neuen Politik.

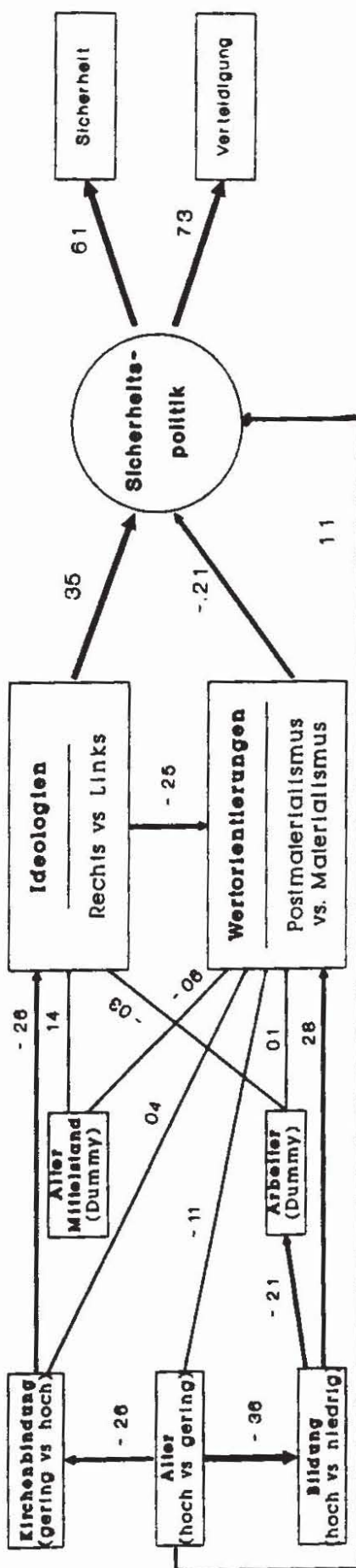
Für die Kirchenbindung nehmen wir keinen direkten Effekt an, da zwei gegenläufige Wirkungen auftreten: Höhere Aufwendungen für die Entwicklungshilfe werden bei einer engen Kirchenbindung positiv beurteilt. Die übrigen Felder der Neuen Politik sind aber wegen ihrer Säkularisierungseffekte mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ besetzt. Die Zugehörigkeit zur Alten Mittelschicht dürfte die Bewertung der Ausgaben für Belange der Neuen Politik ebenfalls nicht beeinflussen. Während die Angehörigen dieser Statusgruppe z.B. Mehrausgaben für Erziehung und Bildung positiv bewerten, sind sie zu anderen Aufgabenfeldern, z.B. zur Entwicklungshilfe, negativ eingestellt. Eine generelle Hypothese über den Effekt dieser Größe läßt sich daher nicht formulieren.

Sämtliche in der empirischen Analyse ermittelten Vorzeichen der Koeffizienten bestätigen diese Erwartungen (vgl. Abbildung 8.10). Der Effekt der Variablen Arbeiter(in) ist allerdings so schwach, daß eine substantielle Interpretation nicht möglich ist. Auch zwischen dem Alter und den Einstellungen zur Neuen Politik besteht nur ein schwacher Zusammenhang. Den stärksten direkten Sozialstruktureffekt repräsentiert die Bildungsvariable. Dies stützt die Annahme, daß die Nachfrage nach superioren Gütern mit dem sozialen Status steigt. Gleichzeitig schwächt der starke Bildungseffekt den Einfluß der postmaterialistischen Werthaltungen auf die Einstellungen zur Neuen Politik erheblich ab. Nach einer Kontrolle der Sozialstrukturvariablen ist er nur halb so groß wie zuvor (vgl. Abbildung 8.6). Von dieser Ausnahme abgesehen, ändert die Einführung der Sozialstrukturvariablen nichts an der Bedeutsamkeit der Wert- und Ideologieeffekte.

⁸Auch mit dem Ressourceneinsatz in die Dimension Sicherheitspolitik werden zwar den sozialstaatlichen Handlungsfeldern Finanzierungsmittel entzogen, doch sind mit diesen Ausgaben beschäftigungswirksame Effekte verbunden, die zumindest nach landläufiger Vorstellung einem Ressourceneinsatz in Neue Politik-Felder fehlen.

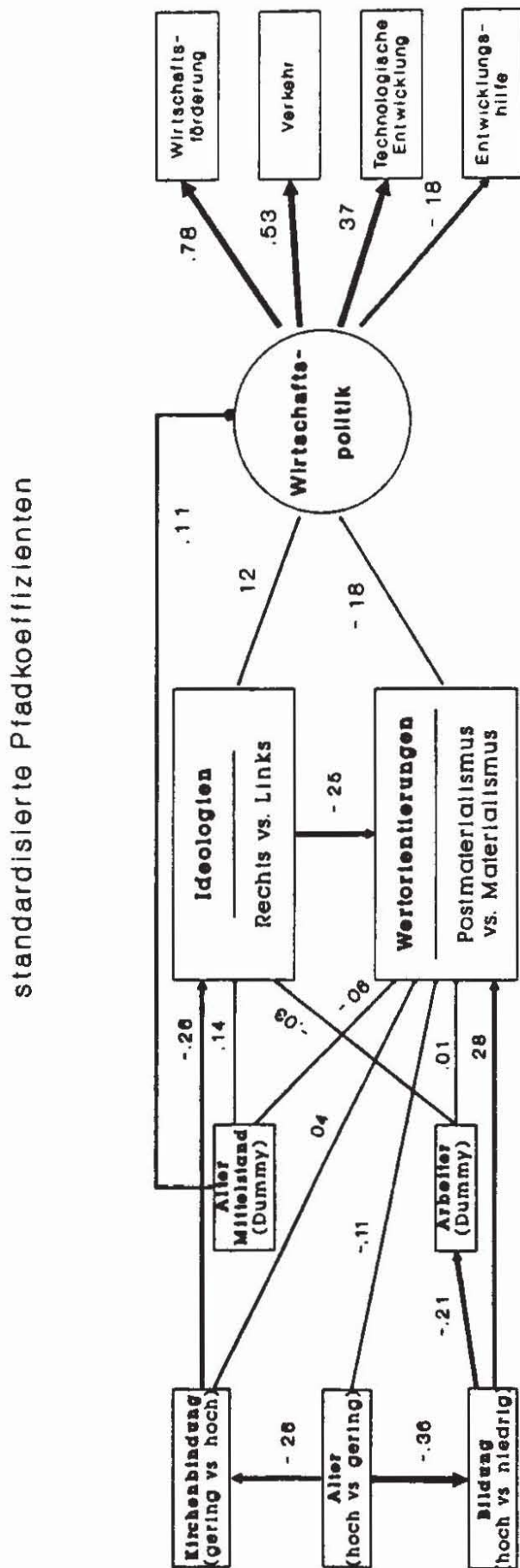
Abbildung 8.7: Sozialstrukturmerkmale, Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabeprioritäten für Sicherheitspolitik

standardisierte Pfadkoeffizienten



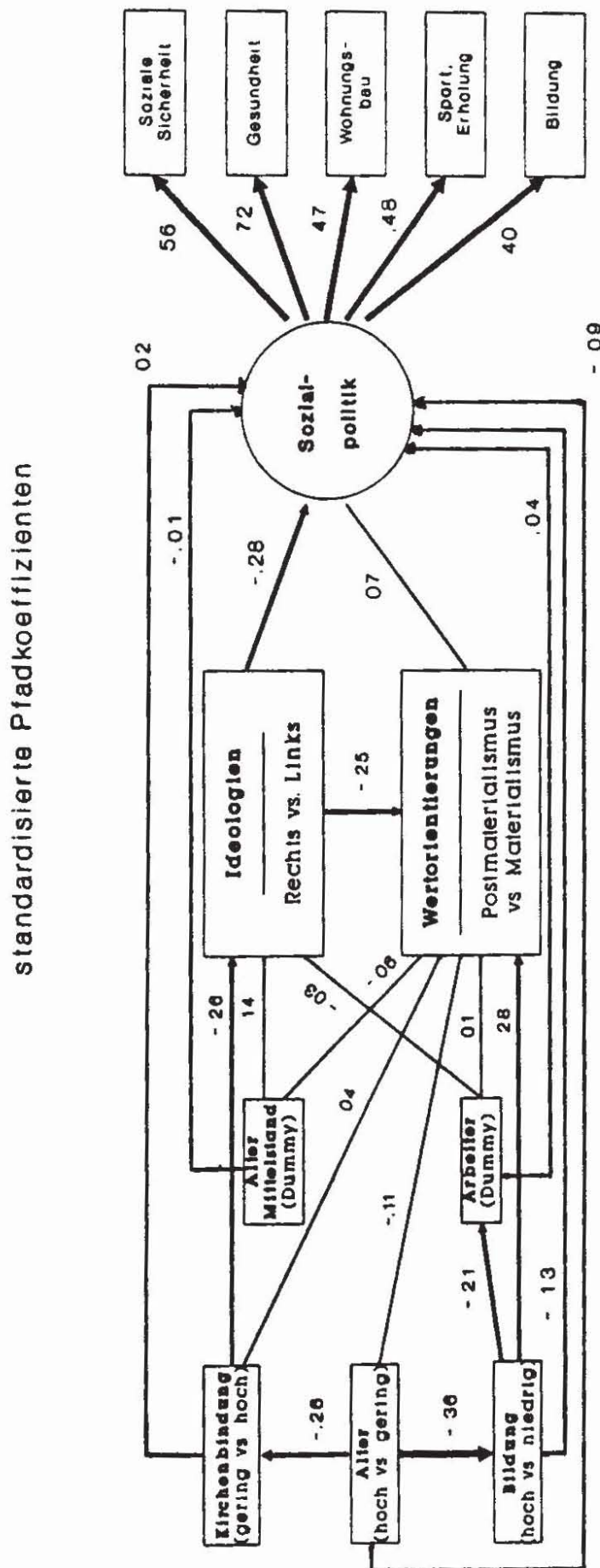
Maximum-Likelihood-Schätzung; N=549
 BBNFI=.815; BBNNFI=.821; AASR=.041; GFI=.940; AGFI=.909

Abbildung 8.8: Sozialstrukturmerkmale, Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabeprioritäten für Wirtschaftspolitik



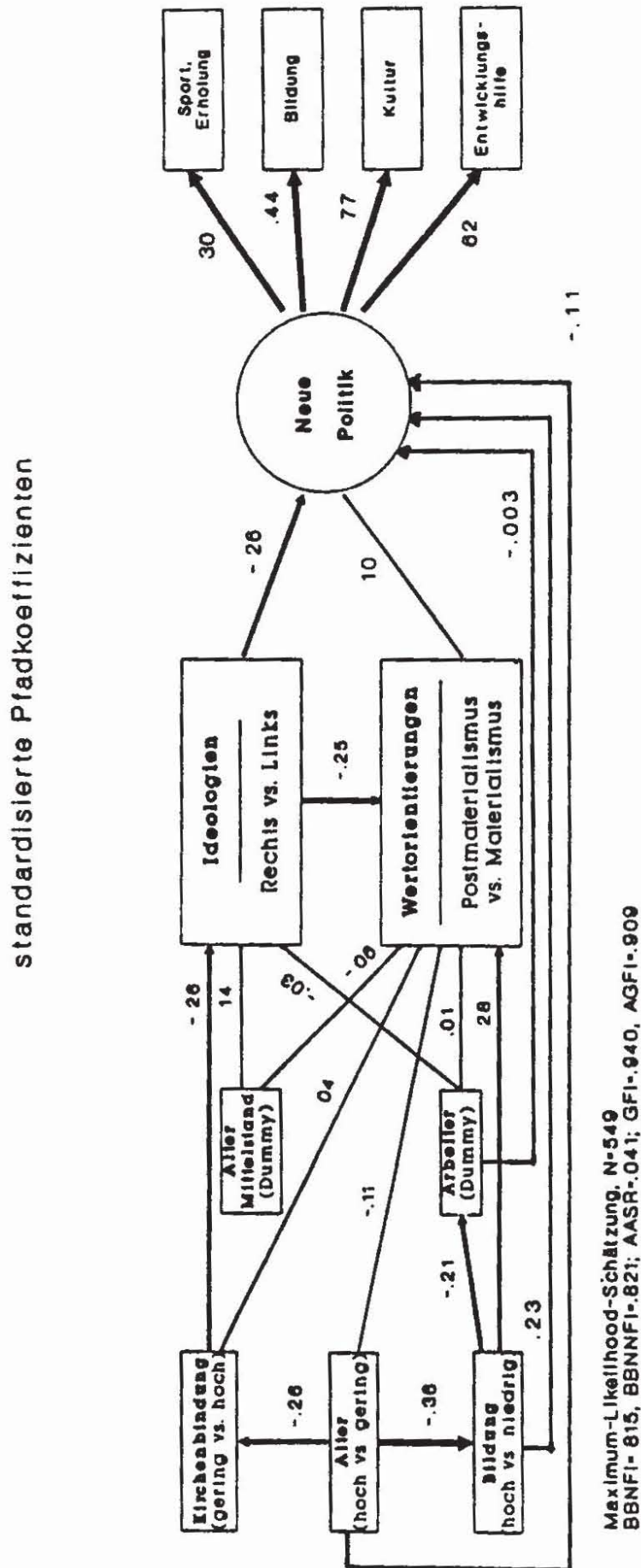
Maximum-Likelihood-Schätzung; N=549
 BBNFI-.815; BBNNFI-.821; AASR-.041; GFI-.940; AGFI-.909

Abbildung 8.9: Sozialstrukturmerkmale, Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabeprioritäten für Sozialpolitik



Maximum-Likelihood-Schätzung; N=549
 BBNFI-.815, BBNNFI-.821; AASR-.041, GFI-.940; AGFI-.909

Abbildung 8.10: Sozialstrukturmerkmale, Ideologien und Wertorientierungen als Determinanten von Ausgabeprioritäten für Neue Politik



8.6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Am Beginn unserer Untersuchung stand die Frage nach den politischen Konsequenzen des Auftretens postmaterialistischer Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei hatten wir ein politisch zwar bedeutsames, in der Auseinandersetzung mit den politischen Implikationen des Wertewandels aber vernachlässigtes Problem aufgegriffen: die Beziehung zwischen Werten, Ideologien und tagespolitischen Forderungen. Die Relevanz dieses Untersuchungsproblems liegt auf der Hand. Wenn der Wertewandel zu einer Veränderung des Forderungsprofils der Öffentlichkeit führt, sind auch die politischen Entscheidungsträger zu einer Neudefinition des staatlichen Themenhaushalts gezwungen, sofern sie nicht eine wachsende und zudem hochpolitisierte Bevölkerungsgruppe enttäuschen wollen. Auf der anderen Seite bilden die Postmaterialisten in den meisten Ländern der westlichen Welt eine Minderheit, deren Forderungen unter Umständen mit denen stärkerer Wählergruppen kollidieren. Dies könnte die politischen Führungsgruppen dazu veranlassen, den Forderungen nach einer verstärkten Ausrichtung der Politik an postmaterialistischen Werten mit einer gewissen Zurückhaltung zu begegnen.

Nach dem Ergebnis unserer Untersuchung sind die Themen der Neuen Politik insofern nicht gänzlich neu, als sie stark vom traditionellen Links-Rechts-Gegensatz bestimmt werden. Zwar konnte auf der Issue-Ebene eine eigenständige Dimension der Neuen Politik identifiziert werden, die sich von den wohlfahrtsstaatlichen Forderungen der klassischen Linken absetzt, doch wird die Forderung nach höheren Ausgaben für diese Angelegenheiten stärker von der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum als von postmaterialistischen Wertorientierungen beeinflusst. Die Bedeutung des Postmaterialismus als Prädiktorgröße der Issues der Neuen Politik verringert sich weiter, wenn man das Bildungsniveau kontrolliert. Nur in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik treten traditionelle ideologische Gegensätze gegenüber neuen politischen Konfliktmustern zurück. Die postmaterialistische Linke unterscheidet sich von der materialistischen Linken und Rechten durch ihre Vorbehalte gegen wirtschaftsnahe, wachstumsfördernde Staatsausgaben. Die partizipativ-egalitären Werte des Postmaterialismus führten somit zu einer stärkeren Auffächerung der politischen Agenda in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Prozeß ist aber einstweilen auf die linke Hälfte des politischen Spektrums beschränkt, und er hat keineswegs zu einer Neutralisierung traditioneller Konflikte geführt.

Literatur

- Baker, Kendall Dalton, Russell J. Hildebrandt, Kai, 1981: *Germany Transformed*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Barnes, Samuel H. Inglehart, Ronald, 1974: *Affluence, Individual Values, and Social Change*, in: Strümpel, Burkhard (Hrsg.): *Subjective Elements of Well Being. Papers Presented at a Seminar of the Organization for Economic Cooperation and Development, Paris, May 15-17th 1972*, Paris: OECD, S. 153-184.
- Barnes, Samuel H. Kaase, Max u.a., 1979: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, London: Sage.
- Bentler, Peter M., 1985: *Theory and Implementation of EQS. A Structural Equations Program*. Los Angeles: BMPP Statistical Software.
- Brettschneider, Frank Ahlstick, Katja Zügel, Bettina, 1991: *Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft*, in: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): *Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 5**-6**.
- Bürklin, Wilhelm P., 1988: *Wählerverhalten und Wertewandel*. Opladen: Leske.
- Chandler, William M. Siaroff, Alan 1986: *Postindustrial Politics in Germany and the Origins of the Greens*, in: *Comparative Politics* 18, S. 303-325.
- Converse, Philip E., 1964: *The Nature of Belief System in Mass Publics*, in: APTER, David E. (Hrsg.): *Ideology and Discontent*. London, Glencoe: Collier, Macmillan, The Free Press, S. 206-261.
- Crozier, Michel Huntington, Samuel P. Watanuki, Joji, 1975: *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York: The University of New York Press.
- Dalton, Russell J., 1986: *Wertewandel oder Wertewende. Die Neue Politik und Parteienpolarisierung*, in: KLINGEMANN, Hans-Dieter KAASE, Max (Hrsg.): *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 427-454.
- Dalton, Russell J., 1988: *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France*. Chatham, N.J.: Chatham House.
- Dalton, Russell J. Flanagan, Scott C. Beck, Paul Allen (Hrsg.), 1984: *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, Realignment or Dealignment*. Princeton: Princeton University Press.

- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Erikson, Robert S. Luttbeg, Norman G. Tedin, Kent L., 1988: *American Public Opinion. Its Origins, Content, and Impact*. New York, London: Collier, Macmillan.
- Falter, Jürgen W., 1972: Ein Modell zur Analyse individuellen politischen Verhaltens, in: PVS 13, S. 547-566.
- Flanagan, Scott C., 1982: Changing Values in Advanced Industrial Societies. Inglehart's Silent Revolution from the Perspective of Japanese Findings, in: *Comparative Political Studies* 14, S. 403-444.
- Fuchs, Dieter Klingemann, Hans-Dieter, 1990: The Left Right Schema, in: Jennings, M. Kent van Deth, Jan (Hrsg.): *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: de Gruyter, S. 203-234.
- Fuchs, Dieter Kühnel, Steffen M., 1990: Die evaluative Bedeutung der ideologischen Selbstidentifikation, in: KAASE, Max KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 217-252.
- Gabriel, Oscar W., 1986: *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W., 1990: Traditionelle und neue Konflikte im Parteiensystem Westeuropas. Paper zur Tagung des Arbeitskreises "Wahlen und politische Einstellungen" der DVPW am 21. 22.3.1990 in Mainz.
- Gabriel, Oscar W., 1991: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): *Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 97-134.
- Hildebrandt, Kai Dalton, Russell J., 1977: Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik? in: KAASE, Max (Hrsg.): *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*. Opladen: Westdeutscher Verlag, Bd. 18, H. 2 3 der PVS, S. 230-256.
- Hillmann, Karl Heinz, 1986: *Wertwandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hoffmann-Lange, Ursula, 1986: Eliten zwischen Alter und Neuer Politik. Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in den Eliten der Bundesrepublik, in: KLINGEMANN, Hans-Dieter KAASE, Max (Hrsg.): *Wahlen und politi-*

scher Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 108-150.

Inglehart, Ronald, 1971: *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*, in: *APSR* 65, S. 991-1017.

Inglehart, Ronald, 1977a: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald, 1977b: *Political Dissatisfaction and Mass Support for Social Change in Advanced Industrial Societies*, in: *Comparative Political Studies* 10, S. 455-472.

Inglehart, Ronald, 1979a: *Political Action: The Impact of Values, Cognitive Level, and Social Background*, in: BARNES, Samuel H. KAASE, Max u.a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, London: Sage, S. 343-380.

Inglehart, Ronald, 1979b: *Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten*, in: Klages, Helmut Kmiecik, Peter (Hrsg.): *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt, New York: Campus, S. 279-316.

Inglehart, Ronald, 1984: *The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society*, in: Dalton, Russell J. Flanagan, Scott C. Beck, Paul Allen (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, Realignment or Dealignment*. Princeton: Princeton University Press, S. 25-69.

Inglehart, Ronald, 1990: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt, New York: Campus.

Inglehart, Ronald Klingemann, Hans-Dieter, 1979: *Ideological Conceptualization and Value Priorities*, in: Barnes, Samuel H. Kaase, Max u.a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, London: Sage, S. 203-213.

Jennings, M. Kent van Deth, Jan (Hrsg.), 1990: *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: de Gruyter.

Jöreskog, Karl G. Sörbom, Dag, 1989: *Lisrel 7. User's Reference Guide*. Moorsville: Scientific Software.

King, Anthony, 1975: *Overload: Problems of Governing in the 1970s*, in: *Political Studies* 23, S. 284-296.

Klages, Helmut, 1988: *Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen*. Zürich: Edition Interfrom.

- Klages, Helmut Herbert, Willi, 1983: Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt, New York: Campus.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1973: Issue Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: PVS 14, S. 227-256.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1979: Measuring Ideological Conceptualizations, in: BARNES, Samuel H. KAASE, Max u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London: Sage, S. 215-254.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1982: Conflicting Modes of Political Orientation or What Happens to the German Left. The Case of West Berlin. Paper Prepared for the Conference on "Representation and the State: Problems of Governability and Legitimacy in Western European Democracies". Stanford University, October 11-15.
- Klingemann, Hans-Dieter Taylor, Charles L., 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: Kaase, Max (Hrsg.): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Opladen: Westdeutscher Verlag, Bd. 18, H. 2 3 der PVS, S. 301-347.
- Kmiecziak, Peter, 1976: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten. Göttingen: Schwartz.
- Knudsen, Oddbjörn, 1988: The Impact of Structural and Ideological Party Cleavages in West European Democracies. A Comparative Empirical Analysis, in: BJPS 18, S. 323-352.
- Kohl, Jürgen, 1981: Trends and Problems in Postwar Public Expenditure Development in Western Europe and North America, in: Flora, Peter Heidenheimer, Arnold J. (Hrsg.): The Development of Welfare States in Europa and America, New Brunswick London: Transaction Books, S. 307-344.
- Maslow, Abraham H., 1954: Motivation and Personality. New York: Harper and Row.
- Miller, Warren E. Levitin, Teresa, 1976: Leadership and Change: The New Politics and the American Electorate. Cambridge, Mass.: Winthrop.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnis eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, in: KAASE, Max (Hrsg.): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Opladen: Westdeutscher Verlag, Bd. 18, H. 2 3 der PVS, S. 195-229.

- Pappi, Franz Urban, 1983: Die Links-Rechts-Dimension des Deutschen Parteiensystems und die Parteipräferenz-Profile der Wählerschaft, in: Kaase, Max Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 422-441.
- Pappi, Franz Urban, Laumann, Edward O., 1974: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zeitschrift für Soziologie 3, S. 157-188.
- Reichardt, Robert, 1979: Wertstrukturen im Gesellschaftssystem - Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche in: KLAGES, Helmut Kmiecziak, Peter (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt, New York: Campus, S. 23-40.
- Rokeach, Milton, 1968: The Role of Values in Public Opinion Research, in: POQ 32, S. 547-559.
- Rokeach, Milton, 1979: Understanding Human Values. Individual and Societal. New York, London: Collier, Macmillan, The Free Press.
- Schmidt, Manfred G., 1980: CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern. Frankfurt, New York: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 1982: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt, New York: Campus.
- Schmitt, Hermann, 1987: Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Strümpel, Burkhard Scholz-Ligma, Joachim, 1988: Bewußtseins- und sozialer Wandel: Wie erleben die Menschen die Wirtschaft? in: Luthe, Heinz Otto Meulemann, Heiner (Hrsg.): Wertwandel - Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen und Diagnosen aus kultursoziologischer Sicht, Frankfurt New York: Campus, S. 21-47.
- Wilenski, Harold L., 1975: The Welfare State and Equality: Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkely: The University of California Press.
- Wilenski, Harold L., 1981: Leftism, Catholicism and Democratic Corporatism. The Role of Political Parties in Recent Welfare State Development, in: Flora, Peter, Heidenheimer, Arnold J. (Hrsg.): The Development of Welfare States in Europa and America, New Brunswick London: Transaction Books, S. 345-382.